

Tutzing Blätter

INFORMATIONEN AUS DER EVANGELISCHEN AKADEMIE TUTZING

Hoffnung an Grenzen

Wir alle hoffen auf ein möglichst langes und möglichst leidfreies Leben, und je mehr Möglichkeiten die Medizin eröffnet – oder auch nur zu eröffnen scheint – zu einem solchen Leben zu verhelfen, umso stärker neigen viele Menschen dazu, ihren Hoffnungshorizont allein darauf zu verengen. Ihre ganze und damit auch einzige Hoffnung richtet sich darauf, zu überleben, vielleicht sogar wieder ganz gesund zu werden. Und wenn es schließlich doch unausweichlich zum Sterben geht, spricht man schnell von einem „hoffnungslosen Fall“.

Auf einer solchen Sicht der Dinge, die unsere Gesellschaft heute weithin prägt, war lange Zeit fast ausschließlich und ist überwiegend noch immer unser ganzes Medizinsystem aufgebaut: Leben muss erhalten werden fast um jeden Preis. Wenn sich Hoffnung allein auf Lebenserhalt und Erhalt oder Wiederherstellung der Gesundheit richtet, ist eine entsprechende Schwerpunktsetzung in der Medizin und darüber hinaus im gesamten Gesundheitswesen nur konsequent. Ohne Hoffnung kann kein Mensch leben. Daraus aber folgt fast zwangsläufig: Wenn es nur eine Hoffnung gibt, dann muß diese eine so lange wie möglich erhalten werden. Denn mit ihrem Verlust verlöre das gesamte Leben seinen Halt.

Wenn das Leben aber nicht nur einen, sondern mehrere Haltepunkte hat, dann bricht mit dem Verlust einer einzigen Hoffnungsperspektive nicht gleich alles zusammen, dann wird nicht alle Hoffnung genommen, wenn eine – und sei es eine zentrale – zerbricht; dann wird nicht alle Hoffnung genommen, wenn man sich der Wahrheit eines möglicherweise nahen Todes stellen muss und von sich aus auch offen stellt; dann kann man den Tod – den eigenen und den anderer nahestehender oder einem anvertrauter Menschen – geschehen lassen. Man muss dann nicht mehr mit allen Mitteln gegen das Sterben ankämpfen.

Es geht also darum, möglichst viele Haltepunkte für das Leben zu haben. Von besonderer Bedeutung ist dabei das Erleben und die Erfahrung von Geborgenheit. Wer nicht allein ist, sondern sich im Leben und im Sterben getragen

weiß von anderen Menschen, der ist selten ganz ohne Hoffnung; und wer sich darüber hinaus aufgehoben und getragen weiß in einem Sinngeheim, das Leben und Sterben umgreift, dem kann niemals alle Hoffnung genommen werden. Vielmehr bleibt ihm eine Hoffnung, die unseren menschlichen Lebens- und Verstehenshorizont übersteigt, und in die man sich deshalb gerade an den Grenzen des Lebens fallen lassen kann.

Sichtbar und beweisbar ist da nichts. Zu allen Zeiten aber haben Menschen an ein solches Sinngeheim, das Leben und Tod zusammenhält, geglaubt. In allen Religionen und in vielen Philosophien geht es nicht zuletzt darum. Im Neuen Testament spricht Paulus in diesem Zusammenhang von der Liebe Gottes, die mit Jesus Christus in die Welt gekommen ist. Auf diese Liebe und auf den Bestand dieser Liebe, auch über den Tod hinaus, vertraut er zusammen mit vielen Christen vor und nach ihm, und zwar so fest, daß er Rm. 8, 38-39 emphatisch sagen kann:

„Ich bin gewiß, daß weder Tod noch Leben, weder Engel noch Mächte noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes noch Tiefes noch irgendein anderes Geschöpf uns scheiden kann von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserem Herrn.“

Nichts auf dieser Welt und nichts jenseits dieser Welt kann uns scheiden von der Liebe Gottes. Mit anderen Worten: Nichts auf dieser Welt und nichts jenseits dieser Welt kann uns herausbrechen aus dem Sinnhorizont, der das ganze Leben und auch den Tod umgreift. Mit Jesus Christus ist diese Liebe in die Welt gekommen, nur verhüllt sichtbar und nicht beweisbar, aber erlebbar und erfahrbar. Paulus lädt uns ein, sein Vertrauen in diese Liebe zu teilen und damit vielleicht die Erfahrung zu machen, daß keine Lebens- und Sterbenssituation so hoffnungslos ist wie sie in unserer Ängsten vorher erscheint. Hoffnung in Grenzsituationen des Lebens – worauf? Vielleicht darauf! Amen.

(Morgenandacht des stellv. Akademiendirektors Dr. Christoph Meier)



FREIHEIT – VERANTWORTUNG – TOLERANZ

Mit diesen Eckpunkten einer globalen Leitkultur befasste sich der Theologe und Bürgerrechtler Joachim Gauck in seiner Festrede zum Neujahrsempfang der Akademie.

Mehr darüber in dieser Ausgabe der Tutzing Blätter



Tagungen

Tagungstelegramm

Jahresempfang 2011

Seine ganz persönliche Lebenserfahrung lässt *Joachim Gauck* zu der Überzeugung gelangen, dass Freiheit, Verantwortung und Toleranz die Eckpunkte einer globalen Leitkultur sein müssen. Die Gründe dafür benannte der Bürgerrechtler und Theologe auf dem Neujahrsempfang der Akademie.

Mehr darüber auf

Seite 4



Begrüßung: Akademiedirektor Friedemann Greiner und Ehefrau Karin Greiner, Festredner Joachim Gauck, sowie Dorothea Friedrich und Landesbischof Johannes Friedrich (v.l.).



Wird der Euro halten?

Weltwirtschaft im Umbruch

Deutschland hat sich von der Finanz- und Wirtschaftskrise erfreulich schnell erholt. Gleichwohl steht der Euro weiterhin unter Druck, manche Euro-Länder schwächeln und die Furcht vor einer neuen Krise steht bereits im Raum.

Über die aktuelle Situation in Griechenland und Irland berichtet *Jens Bastian* auf

Seite 11

Mit Visionen in eine nachhaltige Zukunft

Mehr als 90 Schülerinnen und Schüler aus ganz Bayern diskutierten bei der „5. Tutzinger Schülerakademie“ über verschiedene Aspekte der Nachhaltigkeit. Den Bericht der Gymnasiasten lesen Sie auf

Seite 22



Schüler erörtern das Thema „Nachhaltigkeit – Verantwortung für die Zukunft“ in der Tutzinger Rotunde.

Abschiede

Die Akademie nahm Abschied von Studienleiterin *Roswitha Terlinden* und von dem stellv. Akademiedirektor *Christoph Meier*. Eindrücke von den Verabschiedungsfeiern der beiden Ruheständler auf den

Seiten 16-19



15 Jahre lang war sie verantwortlich für das Ressort „Kunst, Kultur, Pädagogik“.



Er prägte über zwei Jahrzehnte hinweg den Arbeitsbereich „Medizinethik“.

Inhaltsübersicht

Jahresempfang 2011	4
<i>Joachim Gauck</i> : Freiheit – Verantwortung – Toleranz. Eckpunkte einer globalen Leitkultur	
<i>Martin Zeil</i> : Grußwort für die Bayerische Staatsregierung	
<i>Johannes Friedrich</i> : Grußwort des Landesbischofs	
Impressum	10
Weltwirtschaft im Umbruch. Auswege aus der Krise	11
<i>Jens Bastian</i> : Wenn Erfolg keine Überlebensgarantie ist. Griechenland und Irland in 2011	
Patientenverfügungsgesetz	14
<i>Caroline Mayer</i> : Patientenverfügungsgesetz – was hat es gebracht?	
„Kunst gibt nicht das Sichtbare wieder, sondern macht sichtbar“	16
Zum Abschied von Studienleiterin Roswitha Terlinden	
Medicus curat, natura sanat	18
Zum Abschied von Studienleiter Christoph Meier	
<i>Axel Schwanebeck</i> im Gespräch mit dem Kollegen	
PUBLIKATIONEN	21
Mit Visionen in eine nachhaltige Zukunft	22
Vorbereitungsteam Gymnasium Tutzing: Visionär, zukunftsfähig und selbstgemacht. Die Tutzinger Schülerakademie geht in die fünfte Runde	
Die Vermessung des Urbanen	26
Zwischen realen und virtuellen öffentlichen Räumen	
<i>Hanno Rauterberg</i> : Von der Steinzeit zur Echtzeit. Vom Wandel des öffentlichen Lebens	
Zukunft der Zeitung. Zeitung der Zukunft	30
Tutzinger Medien-Dialog	
<i>Michael Schröder</i> : Zukunftszeitung – Zeitungszukunft. Der Wandel der Öffentlichkeit durch das Internet	
IN EIGENER SACHE	33
<i>Axel Schwanebeck</i> : Wenn der letzte Zivildienstleistende die Akademie verlässt	
FREUNDKREIS	34
Stephan Schlenzger: Religionen sind mehrdeutig	
<i>Wolfgang Wunderer</i> : Sind wir Marionetten von Neuronen? – Hirnforschung und Willensfreiheit	
<i>Philipp W. Hildmann</i> : Standpunktsuche zwischen digitaler Revolution, Weltethos und demographischer Herausforderung	
Andacht	36
<i>Christoph Meier</i> : Hoffnung an Grenzen	

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



Auf dem diesjährigen Jahresempfang sprach der geladene Gast, *Joachim Gauck*, zu dem Thema „Freiheit – Verantwortung – Toleranz. Eckpunkte einer globalen Leitkultur“. Welche Leitkultur, welche Werte unser demokratisches Gemeinwesen prägen sollen, das ist eine Frage, die Politik und Gesellschaft mehr denn je herausfordern wird.

Der Diskurs dazu wird vornehmlich in den Akademien geführt. Man wird sagen dürfen, dass die Akademien ein wesentlicher Bestandteil der demokratisch-politischen Kultur in Deutschland sind. Die Bundeskanzlerin formulierte es anlässlich ihrer Jubiläumsrede vor drei Jahren für dieses Haus mit den Worten: „Die Evangelische Akademie Tutzing ist für die kommenden Jahre gut gerüstet. Sie hat Ziele und Visionen. Sie hat Anhänger in ganz Deutschland und weit darüber hinaus. Sie ist ein achtbares Stück gelebte evangelische Kirche und gelebte Gesellschaft in unserem Land“. An der Bedeutung der Akademien ist nicht zu zweifeln. Ja ich möchte behaupten, dass diese, und so auch Tutzing, ihre Zukunft immer wieder erst vor sich haben!

Wenn es zutrifft, dass zu Recht Klage über eine „Basta-Politik“ geführt wird, die eine nachhaltige Meinungsbildung zwischen etablierter Politik und den Bürgern vernachlässigt und sie nur unzureichend an Entscheidungsprozessen teilhaben lässt, dann ist dies erneut die Stunde der Akademien, die sich als unverzichtbare „Mittler“ zwischen Politik und Bürgerschaft verstehen. Es kam nicht von ungefähr, dass *Heiner Geißler* seinerzeit mein Angebot für die Leitung des Politischen Clubs aus Überzeugung übernahm!

Und ein Zweites werden die Akademien mehr denn je zu diskutieren haben, nämlich das Selbstverständnis und die Zuordnungen von Politik und Religion. Religion wird immer mehr als Auslöser von Problemen empfunden, nicht aber als eine heilsame Kraft, die zur Lösung von Problemen beiträgt. Grenzen wir uns, Christen, Juden und Muslime, unmissverständlich vom Terror als Perversion religiösen Glaubens ab. Wehren wir uns offensiv gegen jegliche Form moderner Christenverfolgung und der Erniedrigung nicht genehmer religiöser Minderheiten! Sehen wir zu, dass die Religionen als Botschafter für gegenseitigen Respekt erfahren, ja gelebt werden! Überlassen wir unseren Glauben nicht den Fundamentalisten.

Religionsfreiheit, darin sind wir uns alle einig, ist ein hohes Gut. Achten wir unser deutsches Grundgesetz, gewähren wir Religionsfreiheit, bauen wir Moscheen und Synagogen für unsere Mitbürger auch dann, wenn uns der Zugang zu Kirchen in anderen Ländern verwehrt wird. Sind wir eingedenk unserer Stärke. Geraten wir nicht in Widerspruch zu unserer eigenen Verfassung und zu unserem eigenen Glauben!

Ihr
Dr. Friedemann Greiner

Jahresempfang der Akademie

Freiheit – Verantwortung – Toleranz. Eckpunkte einer globalen Leitkultur

In Zeiten politischer Unterdrückung wächst die Sehnsucht nach Freiheit und Unabhängigkeit ins Unermessliche. Wenn freiheitliche Gedanken sich dann nicht mehr einsperren lassen, gehen die Menschen auf die Straße, um das herrschende Regime zu überrollen. In Deutschland konnte man vor zwanzig Jahren erleben, welche ungeheure Macht der Freiheitswille besitzt. Und jetzt wird der Ruf nach Freiheit, Verantwortung und Toleranz in einigen Ländern Nordafrikas laut.



Zu mehr Engagement bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens hatte Joachim Gauck auf dem Neujahrsempfang die Gäste aufgerufen. Es gehöre zum Grundbestand des Humanen, sich um andere Menschen zu kümmern und Verantwortung zu übernehmen. „Die Freiheit des Erwachsenen heißt Verantwortung“, mahnte der frühere DDR-Bürgerrechtler.

Auf dem Jahresempfang der Akademie hielt in diesem Jahr der Theologe Joachim Gauck den Festvortrag. Vor den rund 400 geladenen Gästen aus Politik, Staat und Kirche gab der Bürgerrechtler und Publizist Antworten auf die Frage, warum die Freiheit so wertvoll, so unverzichtbar und so verteidigungswert ist.

In seinem Grußwort wies der bayerische Stellv. Ministerpräsident Martin Zeil darauf hin, dass Joachim Gauck sich stets entschieden gegen den herrschenden Geist der Unfreiheit in der damaligen DDR gewandt habe, und Landesbischof Johannes Friedrich hob hervor, dass der Festredner mit seiner Haltung sehr authentisch und für viele Menschen zu einem Symbol der Freiheit und der ehrlichen Aufarbeitung geworden sei.

Aus den Grußworten und dem Vortrag von Joachim Gauck nachfolgend einige Auszüge:

Joachim Gauck

Freiheit – Verantwortung – Toleranz. Eckpunkte einer globalen Leitkultur

Sehr verehrte, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Schwestern und Brüder,
„Freiheit, Verantwortung, Toleranz. Eckpunkte einer globalen Leitkultur“. Das spiegelt Erwartungen wider, die mir entgegengebracht wurden. Das ehrt mich irgendwie, aber ich will vorab erklären, dass ich weder ein Prophet noch ein Weisheitslehrer bin. Es wird weniger Weisung von meinen Worten ausgehen, sondern sie werden Zeitzugehörigkeit erleben und natürlich eine Liebe zur Freiheit, um es auf eine ganz einfache Formel zu bringen.

Freiheit ist das höchste Gut

Es ist meine tiefe Überzeugung, dass die Freiheit das allerwichtigste ist, was unserer Gesellschaft Kontur, Substanz und Inhalt gibt. Aber wie kommt das, dass wir Deutschen ein anderes Verhältnis zu diesem Grundprinzip Freiheit haben als etwa die US-amerikanische Nation oder unser polnisches Nachbarvolk?

Auf die Erfahrung meiner Generation angesprochen, wie es denn kommt, dass einige von uns die Freiheit über Gebühr lieben und die anderen kaum, habe ich ein Bonmot gefunden, das ich mir heute nicht ersparen möchte. Es ist von Heinrich Heine und beschreibt die Deutschen zu seiner Lebenszeit. „Ja“, sagt Heine, „die Franzosen lieben die Freiheit, wie man eine Geliebte liebt. Man wirft sich vor ihr auf die Knie und begehrt tausend Torheiten für sie, und die Briten lieben sie wenigstens wie eine rechtschaffene Ehefrau, aber der Deutsche liebt sie wie seine alte Großmutter.“ Ich kann nicht sagen, dass mich das getröstet hat, und so hat sich mein Leben dann 1989 in einer wunderbaren Weise verwandelt. Ich war plötzlich wieder in einer positiven Beziehung mit meiner Nation, weil die Landsleute gerade im Osten so lange entfernt von der Freiheit gelebt haben, dass sie plötzlich die Freiheit liebten. Und das waren nicht nur die Minderheiten von Dissidenten und Widerständlern und Oppositionellen, sondern es war eine breite Demokratiebewegung entstanden aus der Mitte der Bevölkerung heraus.

Die zwei Gesichter von Freiheit

Es sind tatsächlich deutsche Bürgerinnen und Bürger da gewesen, die dieses kostbarste Wort der deutschen Politikgeschichte auf den sächsischen Straßen erfunden haben, das in Frankreich in jedem Klassenzimmer hängen würde: *Wir sind das Volk*. In dem Augenblick, als wir unsere Angst und unsere Anpassung als Geschwisterkinder erkennen, wachsen uns jene Kräfte zu, die dann eine ganze Gesellschaft verändern sollen. So erleben wir innerhalb eines Jahres zwei Gesichter von Freiheit. Jenes Anarchische, das Freiheit immer hat, wenn sie jung ist, das junge Leute begeistern kann und Ältere zögern lässt. Es ist die Anarchie von Revolte, Aufstand und Aufruhr, die Bindungslosigkeit und Herrschaftsfreiheit sucht und mit großem Übermut versucht, diese wunderbare Ungebundenheit ins Leben zu rufen. Da ist sie, die junge Freiheit, sie ist Befreiung. Und das gibt es auch politisch.

Andererseits: Die große französische Revolution ist nicht deshalb ins Leben getreten, weil es eine motivierende Revolutionstheorie gäbe, die alle auf die Straßen treibt, sondern weil eine Hungerrevolte die Frauen auf die Straße treibt und dann entsteht die Lehre von der Revolution, dann kommen die ideologischen Revolutionäre, und dann kommt ein anderes Gesicht der Freiheit. Schiller, einer der großen Liebhaber der Freiheitsbewegung, schaut sich noch einmal um in Frankreich und ist wie viele Deutsche, die erst mit einer romantischen Neigung zur Revolution sich artikulieren, plötzlich auch

erschrocken. Da werden Weiber zu Hyänen. Das Weib, das war damals die Inkarnation von Edelmut, etwas das man verehren musste. Schiller hat den Terror gesehen. Er hat das andere Gesicht der Freiheit gesehen und sich gefürchtet und die Freiheit trotzdem lieb gehabt. Wir begreifen, dass wir, wenn wir von Freiheit sprechen, ja nicht nur meinen, *frei von etwas* zu sein, sondern auch *frei für etwas* zu sein. Es ist schwer, dies zu begreifen.

Wenn aus der Sehnsucht nach Freiheit die Gestaltung von Freiheit wird

Zurück zu 1989: Wie verbunden waren wir doch alle miteinander, als wir ablehnten, was uns zu nutzlosem Beiwerk des Staates erklärte. Der Volkspolizist sprach uns zwar an und sagte zu uns „Bürger“. Tatsächlich sind wir aber doch der Ansicht, dass Bürger diejenigen Menschen sind, die Bürgerrechte haben und die leben können. Und wenn wir diese Bürgerrechte nicht haben und trotzdem leben? Dann sind wir auch wertvoll, und wir haben auch Würde. Aber Bürger jedenfalls sind wir da nicht. Ich habe mich dann daran gewöhnt, die DDR-Bürger DDR-Bewohner zu nennen, um zu beschreiben, dass ich ein Defizit empfinde. Bis mir auffiel, dass auch das ein Euphemismus sei, denn Bewohner eines Hauses können selbiges aufschließen und zuschließen, können hineingehen und hinausgehen. Ich konnte es nicht. Ich fragte mich, wie ist eigentlich die Bezeichnung für Menschen, die ihr Gebäude nicht aufschließen und nicht zuschließen können. Und ich kam darauf, das seien Insassen. Ich hatte nun die Wahl mich zu definieren als Insasse eines Pflegeheimes, einer Krankenanstalt, eines Gefängnisses, eines Irrenhauses usw.. Ich mochte das aber nicht. Deshalb habe ich nach Alternativen gesucht für die Freiheit, und sie war nicht da, wo ich lebte. Also ging sie in unsere Sehnsüchte ein. Dort wird sie stark, und in solchen Zeiten ist das Lied „Die Gedanken sind frei“ das, was der Deutsche dann glauben kann. Die mögen uns unterdrücken, aber da drinnen gibt es ein Reich der Freiheit, das wärmt uns auch eine Zeit lang, es macht uns aber politisch nicht wirklich satt.

So war das Besondere eigentlich die zweite Etappe nach 1989, als die Freiheit gekommen war und jetzt die Frage anstand: „Und du, wozu bist du fähig?“ Eine Jahr etwa nach der friedlichen Revolution kam ich in meine Heimatstadt Rostock und ein ehemaliger Amtsbruder sagte: „Du glaubst es ja nicht, wer sich jetzt alles in die Ämter drängt. Also erstens die alten Genossen und zweitens die Katholiken.“ Ich sagte dann: „Lieber Freund, hast du eigentlich den Finger gehoben, als es um die Ämter ging, auf denen jetzt die sitzen, deren Anwesenheit du dort beklagst?“ „Nein“, sagte er, „auch Macht? Das ja nun nicht.“ Er sei schon bereit, die Macht auch kritisch zu beäugen, aber er sei ja nicht dazu ausgebildet. Und da war es wieder, dieses merkwürdige Unvermögen, sich dann zu melden, wenn aus der Sehnsucht nach Freiheit die Gestaltung von Freiheit wird, wenn wir also Freiheit von etwas schon erleben dürfen, aber Freiheit zu etwas noch nicht kön-

nen. Und plötzlich sind dann diejenigen da, die wir eigentlich dort gar nicht sehen möchten. Das galt besonders den Vertretern der alten Macht. Die waren natürlich Machtausübung schon gewöhnt und hatten Ellbogen. Die folgten dem Oktroi ihrer neuen Herren, wie sie dem ihrer alten gefolgt waren. Freiheit war das nicht wirklich.

Verantwortung ist die Freiheit der Erwachsenen

Ich habe mir angewöhnt, die Freiheit der Erwachsenen „Verantwortung“ zu nennen. Und wenn ich dafür werbe, mache ich das so: Schon bevor wir politisch werden, empfinden wir, dass es möglich ist, sich selber aus dem Zentrum der eigenen Wahrnehmung herauszunehmen. Wir alle haben dies gesehen, wenn wir einen anderen Menschen lieben. Plötzlich bin ich mir nicht mehr der Wichtigste, sondern ich will in diesem Moment alles tun für diesen Menschen. Jeder erlebt es. Wir begreifen, wir sind geboren zur Lebensform der Bezogenheit. Und bevor wir das politisch als Bürgerinnen und Bürger begreifen, erleben wir es als eine ganz zentrale Menschenmöglichkeit. Es ereignet sich als glückhaftes Geschehen. Es ist Teil der humanen Existenz.

Für mich kommt aus der Heiligen Schrift eine ganz besondere Sentenz ins Bewusstsein, wenn ich über diesen Topos spreche. Das ist der Abschnitt aus der Genesis: „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zu Gottes Bild schuf er ihn.“ Warum ich diesen Satz erwähne, hat einen ganz handfesten Grund. Vor ein paar Jahren ist mir plötzlich die Interpretation eingefallen und sie ist unendlich einfach. Ich begriff plötzlich beim Lesen etwas neu, was sich eigentlich in meinem Leben schon abgezeichnet hatte: Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde mit der wunderbaren Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen. Es gibt so viele Geschöpfe auf der Erde, aber nur eins mit dieser Fähigkeit, für sich selber und für den Raum und für das Tun um uns herum, Verantwortung zu übernehmen. Ich finde es großartig, dass in uns etwas steckt, was uns mit seiner Potenz mit unseren begrenzten Kräften überbietet. In unserer Verantwortungsfähigkeit steckt ein Versprechen, dass dem einzelnen wie dieser ganzen Welt gilt: „Ihr seid nicht zum Scheitern verurteilt.“ Dies zu entdecken, hat mich eben die Politik auch gelehrt. Und dann habe

ich gelernt, dass es einen unglaublich kraftvollen Indikator dafür gibt, dass dieses frei zu sein für etwas, dieses Ja zu einem Leben in Verantwortung, etwas ist, was ich mir nicht aus den Fingern sauge. Sondern es gibt einen anderen, schneller wirkenden Indikator, und den können wir alle in uns aufspüren. Es ist nämlich so, dass unsere Psyche uns belohnt, wenn wir diese Lebensform zu unserer Lebensform machen. Wir erleben es auf unterschiedliche Weise. Wie meine ich das? Es ist die Natur für den, der in seiner Natur da ist und der sie schützen und bewahren will. Es ist die Rechtsordnung für den, der sich entschlossen hat als Jurist die Welt nicht einfach so weiter laufen zu lassen, sondern dem beizustehen, dem das Recht genommen wird. Es ist eine Wahrheit, die dem Journalisten so wichtig ist, dass er nicht darüber schweigen will, egal ob es ihm Vorteile bringt oder nicht. Es kann so vielfältig sein, aber es ist immer etwas außerhalb unseres eigenen Ich. Es ist das Prinzip der Bezogenheit, und unsere Fähigkeit zur Verantwortung ist somit nicht etwas, was durch Philosophen und Politiker oder auch Geistliche künstlich in unser Leben hineingebracht wird, sondern es gehört zum Grundbestand des Humanum. Es ist ein Teil unserer Wirklichkeit, dass wir diese Bezogenheit als Verantwortung leben können. Wir sind glücklich, wenn wir es tun und wenn wir uns nur auf den Weg dahin begeben. Das ist dieser Indikator, von dem ich sprach.

Evangelische Akademien – Orte der Begegnungen unterschiedlicher Menschen

Es ist ja nicht nur so, dass unsere Evangelischen Akademien besondere Orte des Heiligen Geistes oder der Nähe zu den Weltwärts sind, sondern sie waren ja manchmal auch die Spielwiese des Zeitgeistes. Ich kann nicht sagen, dass ich in meiner Evangelischen Kirche von einer besonderen Liebe zur Freiheit im Bereich der Politik ergriffen worden sei. Dies ist nicht der Fall. Entfeindet euch, sagten meine Kirchentagsfreunde gerne in den interessantesten Friedenskampffahren hier im Westen, als die Begeisterung für den Frieden groß war und die Lust zu gesellschaftlicher Analyse in keinem Verhältnis zu dieser romantischen Neigung stand. Und so entfeindeten sie sich plötzlich und dachten,

wenn man sich entfeindet, gäbe es keine Feindschaft mehr. Ein merkwürdiger Trugschluss. Aber damals sehr modern. An Plätzen wie diesen wurde das auch gefeiert. Aber dann gibt es Zeiten, und Vaclav Havel hat ausführlich öfter darüber gesprochen, dass einige der Friedensfreunde, die in Instituten wie diesen so richtig trainiert wurden, den Frieden zu lieben und die Entfeindung voran zu treiben, doch gerne mal die Straßenseite wechselten, wenn sie ihm in Prag als Dissidenten begegneten. Das hätte dem Frieden nicht gut getan, wenn sie sich mit ihm da gezeigt hätten. Da kucken wir ganz betroffen und fragen uns einmal: „War ich es?“ Natürlich waren es die Anwesenden nicht. Aber wir wollen uns doch einmal ganz selbstkritisch fragen, selbstverständlich ist das ja nicht, wenn wir das Prinzip der Bezogenheit leben, dass wir es aktuell auf die jeweilige Situation der Welt auch ausleben können. Wir verlieren uns da manchmal auch ein Stück, und deshalb ist es so wichtig, dass wir die Gegenwart der anderen suchen, und das ist natürlich einer der besonderen Schätze der Begegnung an den Akademien, dass die Unterschiedlichen sich versammeln dürfen und so kommen wir dazu, diesen Begriff der Toleranz noch einmal anzuschauen.

Ist Toleranz gleich Defaitismus?

Ich glaube, dass Toleranz sich gerne dort einstellt, wo die weniger Gleichgültigen miteinander reden. Ich glaube nicht, dass derjenige, dem alles Wurst ist, den Preis für Toleranz verdient. Denn Gleichgültigkeit ist kein anderer Name für Toleranz. Gleichgültigkeit ist ein Name für Verantwortungslosigkeit. Dies begreifen nicht alle. Sie denken, wenn ich keine Überzeugung habe, kann ich auch keinen stören. Wir wissen, dass es nicht so ist. Wir wissen, dass wir glaubwürdig sind, wenn wir uns zu erkennen geben. Und wir wissen, dass eher diejenigen dazu neigen, die sich ihres eigenen Glaubens und ihrer eigenen Werte sicher sind, die Werte der Fremden zu würdigen, weil sie Menschenkinder sind, weil sie Glückserwartungen haben und weil sie mit uns zusammen überleben wollen und in Würde leben wollen. Deshalb achten wir sie. Deshalb öffnen wir ihnen die Türen. Es ist einfach wichtig, dass wir begreifen, dass wir dem Wachstum von Toleranz auch dadurch dienen können, indem wir uns

unserer eigenen Werte wieder sicherer werden. Wir haben doch genug Beispiele, dass wir nicht den fürchten müssen, der in sich ruht, sondern dass wir den fürchten müssen, der nicht weiß, wozu er da ist, was er glaubt und was seine Werte sind. Und darum sollen wir nicht der irrigen Meinung sein, dass wir der Toleranz etwas Böses antun, wenn wir noch einmal unsere christliche jüdische Dogmatik anschauen und uns sagen, welcher Wert davon ist für diese Gesellschaft ein heilsamer und wichtiger.

Wir müssen nicht rätseln, welches universale Werte sind. Sondern sie sind niedergeschrieben in der Erklärung der Menschenrechte, in den Doktrinen, in den Verträgen, die wir gemacht haben über zivile und politische Rechte der Bürger. Und die „rule of law“ ist nicht etwas undefiniertes, sondern die Menschen haben in diesen supranationalen Einrichtungen nach tiefem Leid an Übermut, an nationaler Hybris oder ideologischem oder religiösem Fanatismus gelernt, dieses Minimum an Überlebensordnung zu definieren.

Ich habe schon in meiner Schulkasse erlebt, dass ich Klassensprecherin war. Da durfte ich meine Meinung sagen und wurde nicht von der Schule geworfen. Als ich in der Ausbildung war, durfte ich an meiner Universität zwischen ganz unterschiedlichen Vertretern der Studentenschaft wählen. Dann durfte ich alle Jahre wieder meinen Bürgermeister, meine Regierung wählen. Dann durfte ich in einer Gewerkschaft aktiv sein. Und wenn meine Kollegen fanden, dass wir mehr Geld verdienen sollten, dann durfte ich streiken. Wo erleben sie denn diese gelassene Freude darüber, dass Selbstbestimmung im

politischen Raum möglich ist? Und deshalb gibt es einen Defaitismus, den ich mit der Rede über Toleranz ganz deutlich ansprechen möchte. Wem dienen wir eigentlich mit Defaitismus? Ist Toleranz gleich Defaitismus? Sind wir zu vornehm, über die Werte, die uns so nachhaltig verloren gegangen sind und die wir uns so mühsam wieder erworben haben, zu sprechen? Ist das die richtige Haltung der Dankbarkeit und Freude? Also ich glaube es doch keinen Moment.


60 Jahre Freiheit, Bürger- und Menschenrechte

Warum lernen wir nicht einmal von Vaclav Havel und den anderen, dass die Unterdrückten der Welt die universelle Sprache der Menschenrechte überall verstehen? Unter jedem Banner verstehen die Unterdrückten, was Menschen- und Bürgerrechte für sie bedeuten würden. Nur ihre Unterdrücker und ihre Herrscher, die behaupten, das sei eine wesensfremde Kultur. Wir müssen begreifen, dass wir unter all diesen Verlusten zwar gelitten haben, aber dass wir nicht in diesen Verlusten verkommen sind in der Ferne von den Menschenrechten, sondern dass in diesem Land und in diesem Europa 60 Jahre lang die Bürgerrechte und die Menschenrechte gelten, nach denen sich in anderen Teilen der Welt die Menschen sehnen, zu denen sie fliehen wollen und die sie nicht erreichen. Aber wir haben das in diesem Land: 60 Jahre Freiheit und Bürgerrechte und Menschenrechte. Wir wissen, dass das nicht ein vollkommenes System ist, aber es ist ein

lernfähiges System. Und der Osten Europas und Teile Asiens haben sich nicht ein neues System von Menschenrechten ausgedacht, sondern sie sind auf das gekommen, was hier schon existierte. Sogar die Ostdeutschen, sogar die linken Protestanten, sind darauf gekommen, dass sie eben keinen neuen dritten Weg ersinnen konnten, sondern wir haben, obwohl wir uns gerne eine eigene Verfassung gegeben hätten, heimlich auf die Werte und Inhalte des Grundgesetzes geschworen. Das zeigt, wenn wir Freiheit gestalten wollen, dass es dann nicht allzu viele Varianten gibt.

Ich möchte, dass wir das, was uns misslungen ist, nicht vergessen. Aber 60 Jahre nachdem sich diese Republik zu einer demokratischen Republik erklärt hat, können wir daran glauben, dass sie es vermag, eine demokratische Gesellschaft zu sein. Wir müssen unserer Gesellschaft dabei helfen, daran zu glauben, was an Potenz in ihr steckt. Denn nur wenn wir die Potenzen, die in uns verborgen sind, leben, nutzen, anwenden, nur dann werden wir selber mit uns zufrieden sein und werden wir anderen ein Segen sein können. Und diese neue Bewusstheit darüber, wozu wir im Stande sind, muss deutlich neben die Bewusstheit dessen treten, was unsere Verfahren vermurkst haben und wie sie uns ins Elend getrieben haben. Ich wünsche mir, dass wir in den nächsten 20 Jahren hier an diesen Stellen der Debatte und der Begegnung tolerant, wertbewusst und vor allen Dingen in Liebe zur Freiheit aufwachsen und dass wir nicht vergessen, dass die Freiheit der Erwachsenen Verantwortung heißt.

www.stroehmer.de



Stroehmer Computersysteme GmbH

email: computersysteme@stroehmer.de

IT - LÖSUNGEN

Gesellschaft für:

Beratung,

Programmierung

und Vernetzung mbh

ANZEIGE

Hans-Denck-Str. 17

85051 Ingolstadt

Tel: 08450/91120

Fax: 08450/1467

www.stroehmer.de

JAHRESEMPFANG DER AKADEMIE



Der Stellvertretende Ministerpräsident Martin Zeil (FDP) (li.) im Gespräch mit dem Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, Professor Heinrich Oberreuter. In seiner Grußrede sagte Direktor Greiner zu ihm: „Lieber Herr Oberreuter: Die Wahlverwandtschaft zwischen Ihnen und mir ist so groß, dass Sie beschlossen haben: Wenn der Greiner geht, dann folge ich ihm nach – nicht hier natürlich, sondern in Sachen Verabschiedung aus „seiner“ Akademie ebenfalls in diesem Jahr.“



Unter den Gästen befanden sich u.a.: der ehemalige bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Thomas Goppel (re.), sowie der frühere bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein und die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Staatsminister Martin Zeil

Liebe Festgäste!

Ich freue mich, Sie heute im Namen der Bayerischen Staatsregierung zu begrüßen. Diese Akademie ist ein leuchtender Stern am bayerischen Himmel und damit ein echter Orientierungspunkt. Viele tausend Tagungsteilnehmer suchen und finden Jahr für Jahr hier in Tutzing einen Ort der Begegnung, des Verstehens und der Diskussion. Hier in Tutzing hat jeder die Chance, an Weisheit zu- und an Unwissenheit abzunehmen.

In meiner aktiven Zeit in der evangelischen Jugend durfte auch ich diese Chance öfters nutzen – ich habe den Geist der Freiheit, der in diesen Räumen weht, immer geschätzt und in mich aufgenommen. Sie, lieber Herr Dr. Greiner, haben diesen Geist in den vergangenen 20 Jahren in besondere Weise geprägt. Es war schon sehr gut für uns alle, dass Sie Ihren ursprünglichen Berufswunsch, Schiffskoch zu werden, nicht verwirklicht haben.

Auch wenn Sie den Stab erst im Mai an Ihren Nachfolger übergeben, so will ich diesen Empfang doch zum Anlass nehmen, Ihnen für Ihre Impulse, Anstöße und klaren Wortmeldungen Dank zu sagen. Lieber Herr Dr. Greiner, Sie haben es in einer für die Kirchen nicht

leichten Zeit geschafft, dieser Akademie Profil und damit vielen Menschen Orientierung zu geben.

Je pluraler eine Gesellschaft konstituiert ist, umso mehr muss sie um klare Maßstäbe ringen. Hier ist der richtige Ort dafür. Die Akademie vermittelt Orientierung in einer Zeit, in der verschiedene Kulturkreise und Lebenswürfe immer intensiver aufeinander treffen, in der die Menschen weltweit nach gemeinsamen Maßstäben für gutes und gerechtes Handeln suchen. Dabei darf man Pluralität und Toleranz gerade nicht mit Beliebigkeit und geistiger Heimatlosigkeit verwechseln. Die nachlassende Bindungskraft der Kirchen hat nach meiner Überzeugung auch damit zu tun, dass die Kernaufgabe, den Menschen geistige Orientierung im Glauben zu geben, bisweilen hinter allerlei kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten zurücktritt, die der Kirche viel von ihren klaren Konturen und ihrer Einzigartigkeit nehmen.

Authentizität und Glaubwürdigkeit, Vorrang für Seelsorge und spürbare Zuwendung müssen hier die Markenzeichen sein. Im Übrigen plädiere ich dafür: Gerade im Wettbewerb mit anderen Religionen dürfen die christlichen Kirchen durchaus selbstbewusster auftreten. Denn nur wer sich seiner selbst sicher ist,

kann in einen fruchtbaren Dialog mit anderen eintreten. Und als Mitglied der Staatsregierung füge ich hinzu: gerade ein säkularer Staat ist angewiesen auf Institutionen, die den Menschen Orientierung geben und als moralische Instanz fungieren. Die nachlassende Bindungswirkung der Kirchen – gerade heute wurde in einer Zeitung über die Austrittszahlen in unserem Landkreis berichtet – kann uns deshalb nicht gleichgültig lassen.

Sie, lieber Herr Dr. Gauck, wissen genau, wovon ich rede. Sie kennen menschliche Bedürfnisse wie Freiheit und Wahrheit aus eigenem Erleben in besonderer Weise. Sie haben sich als evangelischer Pastor gegen den herrschenden Geist der Unfreiheit in der DDR gewandt und der komplexen Suche nach Freiheit und Wahrheit eine Richtung und den Menschen Orientierung gegeben. Auf Ihre Ausführungen, lieber Herr Dr. Gauck, zu einer globalen Leitkultur, die sich auf die Eckpfeiler Freiheit, Verantwortung und Toleranz stützt, bin ich schon sehr gespannt.

Der Evangelischen Akademie Tutzing wünsche ich von Herzen viel Glück und Erfolg bei ihrer künftigen Arbeit. Ihnen allen wünsche ich einen spannenden Abend mit einem großen Zuwachs an Weisheit und Orientierung. Vielen Dank!

JAHRESEMPFANG DER AKADEMIE



Der bayerische evangelische Landesbischof Johannes Friedrich (li.) – hier in der ersten Reihe neben dem katholischen Kardinal Reinhard Marx – ging hart ins Gericht mit der Linkspartei und deren aktueller Kommunismus-Diskussion. „Die Ideologie des Kommunismus und das christliche Menschenbild schließen einander aus“, betonte Friedrich in seinem Grußwort.



Abschiedsstimmung: Akademiedirektor Friedemann Greiner (re.) verabschiedet sich zum 1. Juni 2011 in den Ruhestand. Zusammen mit seiner Ehefrau Karin und Oberkirchenrat Detlev Bierbaum (v. links) war auch sein Nachfolger Udo Hahn mit Ehefrau Sabine Rüdiger-Hahn zum Jahresempfang gekommen.

Landesbischof Johannes Friedrich

„Die Freiheit ist wie das Meer: Die einzelnen Wogen vermögen nicht viel, aber die Kraft der Brandung ist unwiderstehlich.“ So hat der tschechische Schriftsteller Václav Havel die Freiheit beschrieben. Und er weiß, wovon er spricht. Vom politischen Gefangenen wurde er zum ersten gewählten tschechoslowakischen Staatspräsidenten nach der Wende 1989. Für ihn war die Veränderung nach dem Fall der Mauer besonders drastisch: Aus dem Staatsfeind wurde das Staatsoberhaupt. Václav Havel hat mit vielen anderen Bürgern in Osteuropa erlebt, wie sich freiheitliche Gedanken nicht mehr einsperren ließen. Als sich die vielen Menschen für ihre Freiheit einsetzen und für sie auf die Straße gingen, da war das wie eine unwiderstehliche Brandung, die das unterdrückende Regime überrollt hat.

Diese unwiderstehliche Brandung der Freiheit haben auch wir in Deutschland erlebt. Nachdem tausende von Menschen in die Kirchen und anschließend auf die Straßen gingen und unmissverständlich zu verstehen gaben: Wir sind das Volk – da gab es kein Halten mehr. Die Mauer, das Symbol der Unfreiheit, fiel. Dass es zu dieser friedlichen Revolution und der anschließenden Wieder-

vereinigung unseres Landes kam, ist für mich eines der großen Wunder des 20. Jahrhunderts.

Dass bei der Freude über die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten die Vergangenheit nicht vergessen wurde, dass Spitzel und Täter gefasst und Opfer rehabilitiert wurden, ist ganz besonders einem Mann zu verdanken: Joachim Gauck. Ich freue mich sehr, dass Sie, lieber Herr Gauck heute zu uns nach Tutzing gekommen sind, um über Freiheit, Verantwortung und Toleranz zu sprechen. Wer wäre besser geeignet, um über diese Themen zu referieren, als Sie? In Ihrem Buch „Winter im Sommer – Frühling im Herbst“ beschreiben Sie eindrücklich, wie Sie und Ihre Familie unter Bespitzelung und Unterdrückung durch das SED-Regime zu leiden hatten. Sie erzählen wie ihr Vater nach Sibirien deportiert wurde, ohne dass die Familie wusste, wo er war und ob er überhaupt noch lebte. Sie haben wirklich hautnah erlebt, was Unfreiheit bedeutet.

Aber Sie berichten in Ihrem Buch auch, wie sich die lang ersehnte Veränderung anbahnte und schließlich zum Fall der Mauer – zur Freiheit – führte. Als erster haben Sie das zu Tage gebracht, was offizielle und inoffizielle Mitarbeiter des SED-Regimes über die bespit-

zelten Menschen zusammengetragen und aufgeschrieben hatten. Sie haben dadurch vielen Menschen ihre Würde zurückgegeben, weil diese die Wahrheit über ihr Umfeld erfahren haben und nun im Angesicht dieser Wahrheit weiterleben konnten.

Sie, lieber Herr Gauck, haben vor kurzem gesagt: „An der Mauer wird die Freiheit so wichtig. Das liegt daran, weil ich sie so lange vermisst habe.“ Das kann ich gut verstehen. Wer sich die Freiheit so hart erkämpfen musste, für den bleibt sie etwas Kostbares. Sie sind mit Ihrer Haltung sehr authentisch und für viele Menschen zu einem Symbol der Freiheit und der ehrlichen Aufarbeitung geworden.

„Zur Freiheit hat uns Christus befreit!“ so beschreibt es der Apostel Paulus in seinem Brief an die Galater (Gal 5,1). Diesen Bibelvers haben Christen wie Nichtchristen in der DDR buchstäblich erlebt. Diese Form von Freiheit befreit uns innerlich und damit nachhaltig. Diese Freiheit gilt, selbst wenn die äußere Freiheit nicht vorhanden ist. Diese Freiheit ist ein Geschenk, das für uns Christen in der Taufe konkret wird. „Ich bin getauft“, das bedeutet unter anderem auch: „Ich bin befreit.“ Befreit zu einem souveränen Leben, ohne Zwänge, die einen innerlich auf-

JAHRESEMPFANG DER AKADEMIE



Karin Greiner, Ehefrau des scheidenden Akademiedirektors, begrüßte unter den Gästen Imam Benjamin Idriz mit seiner Ehefrau Nermina.



Für die musikalische Umrahmung des Neujahrsempfangs sorgte ganz exzellent das Hornquartett des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks.

fressen und einen Menschen verbiegen. Das Jahr der Taufe, das wir in diesem Jahr im Rahmen der Lutherdekade begehen, soll dies verdeutlichen: Die Taufe ist kein vergangenes Geschehen, das irgendwann einmal stattgefunden hat. Die Taufe ist der Beginn eines Lebens in geistiger und seelischer Freiheit – unabhängig von den äußeren Umständen.

Wenn dann nach einem Leben jahrelanger äußerer Unfreiheit die äußere zur inneren Freiheit hinzukommt, so wie das die Christen in der DDR erleben konnten, dann ist das ein großes Geschenk und ein wahrer Grund zum Danken.

Doch wie schnell vergessen Menschen den hohen Stellenwert von Freiheit. Wenn man sich erst einmal an die Freiheit gewöhnt hat, dann sind die Zeiten der Unterdrückung oft recht rasch aus dem Gedächtnis verfliegen. Wir dürfen unsere Freiheit nicht in Gefahr bringen lassen von Menschen, die Ängste schüren, die soziale Spannungen verstärken oder diese auf der anderen Seite für ihre politischen Zwecke missbrauchen, um die Zeiten menschenverachtender Unterdrückung zu glorifizieren oder wieder herbeizusehnen. Das gilt für alle extremen und extremistischen Gruppierungen am Rande unseres demokratischen Spektrums. Wer extremistischem Gedankengut nicht überzeugt entgegentritt und die Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Land verteidigt, der ebnet der Intoleranz den Weg und bereitet den Nährboden für Angst und Verunsicherung.

Ich habe den Eindruck, dass manche Men-

schen in unserem Land eine gewisse Verunsicherung und Angst ergriffen hat. Zum einen im Hinblick auf die eigene Zukunft, aber zum anderen auch im Hinblick auf die Ausrichtung und Prägung unseres Landes. Sorge vor der wirtschaftlichen Entwicklung, der weiter auseinander gehenden Schere zwischen „arm“ und „reich“. Aber auch die Angst vor Überfremdung von anderen Kulturen und Religionen. Doch Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber. Wenn wir uns von Angst vor Neuem und Anderem leiten lassen, dann sind wir bereits auf dem Weg zur Unfreiheit. Wenn wir dagegen von der Freiheit, zu der wir befreit sind, überzeugt sind, dann können wir offen unseren Standpunkt vertreten ohne Angst vor Überfremdung oder Freiheitsverlust haben zu müssen.

Wir sind dazu befreit, offen mit anderen umzugehen. So wie ich auch die Hoffnung habe, dass unser Umgang mit den Muslimen in Deutschland in deren Herkunftsländern, in denen zum Teil Christen unterdrückt und verfolgt werden, Schule macht und die Menschen dort zum Nachdenken anregt. Ich habe die Hoffnung, dass Muslime, die hier offen und tolerant aufgenommen werden, davon in ihren Heimatländern erzählen und dadurch zur Verständigung zwischen den Völkern und Religionen beitragen. Das mag vielleicht nicht morgen und übermorgen gelingen, vielleicht auch nicht in wenigen Jahren, aber hoffentlich in den kommenden Generationen. Denn nur wenn wir Werte wie Freiheit und Toleranz

überzeugend vorleben, können wir darauf hoffen, dass sich andere davon überzeugen und inspirieren lassen und so dass – so Gott will – eines Tages unsere ganze Welt in Freiheit leben kann. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
Evangelische Akademie Tutzing
Direktor Dr. Friedemann Greiner
Schlossstr. 2+4; 82327 Tutzing
Redaktion:
Dr. Axel Schwanebeck (verantwortlich)
Tel.: (0 81 58) 251-112; Fax: (0 81 58) 99 64 22
E-Mail: schwanebeck@ev-akademie-tutzing.de
Anzeigen-Verwaltung:
Dr. Axel Schwanebeck (verantwortlich)
Graphik-Design: Claus Peilstöcker
www.peilstoecker-design.de
Verlag:
Evangelischer Presseverband für Bayern e.V.
Vorstand: Dr. Roland Gertz
Birkerstr. 22, 80636 München
Druck: Mediengruppe Universal, München
Kirschstr. 16, 80999 München
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Die TutzingBlätter erhalten Sie zu folgenden Konditionen:
Einzelheft: 2,50 Euro;
Jahresabonnement: 8,- Euro.
Konto-Verbindung: Kto.-Nr.: 10 30 531,
Blz.: 520 604 10,
bei: Evangelische Kreditgenossenschaft eG,
Kassel

Auswege aus der Krise

Weltwirtschaft im Umbruch

Die deutsche Wirtschaft hat sich nach dem tiefen Einschnitt der Finanz- und Wirtschaftskrise erfreulich schnell erholt, der Arbeitsmarkt blieb robust. Eine große weltweite Depression konnte letztlich verhindert werden. Doch Vorsicht bleibt geboten: der Euro unter Druck, Schuldenkrise in einigen EU-Staaten, Angst vor einem Währungskrieg und eine unsichere Entwicklung in den USA.



Mit weiteren Haushaltskürzungen in Milliardenhöhe will die griechische Regierung ihr Staatsdefizit in den Griff bekommen. Unter anderem werden die Ausgaben für verlustträchtige Staatsbetriebe, für das Gesundheitswesen und für die Verteidigung gekürzt. Die Untergrenze für Verbrauchsteuern wird von 11 auf 13 Prozent angehoben, die Mehrwertsteuer in der wichtigen Tourismusindustrie hingegen auf 6,5 Prozent gesenkt.

In der Wirtschaftsentwicklung treten erneut Turbulenzen auf. Sind die Reformmaßnahmen nach der Krise wirklich tiefgreifend genug, um die Krisenanfälligkeit zu verringern und die Robustheit des Wirtschaftens zu gewährleisten?

Studienleiter Martin Held sowie Professor Kai Carsensen und Gernot Nerb vom Münchner Ifo-Institut stellten auf ihrer gemeinsamen Tagung fest, dass die Weltwirtschaft sich in heftiger Bewegung befinde und nach Auswegen aus der Krise gesucht werden müsse. Jens Bastian, Visiting Fellow für die Politische Ökonomie Südosteuropas am St. Antony's College in Oxford, England, skizzierte in seinem Vortrag die desolate Lage in Griechenland und Irland. Lesen Sie nachfolgend seinen Bericht:

Jens Bastian

Wenn Erfolg keine Überlebensgarantie ist. Griechenland und Irland in 2011

Während sich die Ereignisse in Irland weiter zuspitzen und die Fasern der Gesellschaft auf ihre Belastungsfähigkeit geprüft werden, ist es vielen Griechen im Rückblick auf 2010 nicht zu verdenken, dass Ihnen die Nachrichten aus Dublin wie die Wiederholung eines Films vorkommen, in dem sie selber mit

Schrecken bereits mitgewirkt haben.

Diese Wahrnehmung eines *déjà vu* in Athen beinhaltet allerdings keine Genugtuung darüber, nunmehr das Stigma erfolgreich abgeschüttelt zu haben, das einzigste Mitgliedsland der Eurozone zu sein, welches 2010 internationale finanzielle Rettung vor dem Staatsbankrott benötigte. Wenn Irland nun Griechenland Gesellschaft leistet im neugeschaffenen *Bail-Out Klub* innerhalb der Eurozone, und Portugal möglicherweise demnächst als weiteres Mitglied hinzutritt, gibt es gleichwohl keinen Grund zur Schadenfreude in Athen.

Das alarmierende an diesem Befund ist folgendes: Beide Länder weisen tiefgreifende Unterschiede für die Ursachen ihrer jeweiligen Krisen auf. In Athen steht im Zentrum eine exorbitante Staatsverschuldung gepaart mit kollektiver Unverantwortlichkeit der politischen Eliten in den vergangenen zehn Jahren. Dagegen sind wir in Irland dieses Jahr Zeugen eines Kollapses des Bankensektors geworden, der während der vergangenen Dekade Luftschlösser und Spekulationsblasen auf dem Hypothekemarkt errichtete, die dem Staat und seinen Steuerbürgern zum Verhängnis wurden.

Und doch folgt aus beiden Fällen die ernüchternde Bestandsaufnahme, dass trotz aller wirtschaftlichen und fiskalischen Unterschiede Eingangs 2011 Athen und Dublin verzweifelt im selben Rettungsboot sitzen und ums Überleben rudern. Währenddessen versuchen der Internationale Währungsfond (IWF) und die Europäische Union (EU) durch ihre Interventionen die drohende Insolvenz beider Länder zu verhindern.

Kann Dublin von Athen lernen?

Für 2011 haben Irland und Griechenland einschneidende Sparhaushalte verabschiedet. Sie bedeuten ein hohes politisches Risiko für die Regierungen und bringen tiefgreifende Kürzungen staatlicher Leistungen, um die Auflagen des IWF und der EU einzuhalten. Während für viele in Brüssel oder Frankfurt die Zukunft der Eurozone auf dem Spiel steht, ist die Ungewissheit über die Zukunft bereits Gegenwart in Athen und Dublin.

Was könnten manche Lehren anbieten, die in den vergangenen Monaten in Athen mühsam gemacht wurden, und nun an Dublin weiter zu reichen wären? Angesichts des fiskalischen Morastes, der durch die Papandreou Regierung und die Troika im Laufe des vergangenen Jahres in Griechenland aufgedeckt wurde, fühlen sich die allermeisten Griechen von ihren politischen Eliten hintergangen und ausgenutzt, insbesondere von der konservativen Karamanlis Regierung der Jahre 2004-2009.

Der Wiederaufbau politischen Kapitals und Vertrauens in den Bankensektor ist deshalb eine enorme Herausforderung sowohl in Griechenland wie auch in Irland. Der Versuch, diese Vertrauensleistung alleine durch Regierungshandeln wiederherzustellen wird alleine nicht ausreichen. Die Legitimität der Vereinbarungen mit der Troika leidet in Griechenland unter der Verweigerungshaltung der parlamentarischen Opposition aus Konservativen und Kommunisten, trotz alledem Mitverantwortung in diesen schweren Zeiten zu übernehmen. Nur durch eine Einbindung von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Medien und Nichtregierungsorganisationen kann es gelingen, wenn nicht gar gesellschaftliche Akzeptanz, so doch wenigstens eine Tolerierung für die zu leistenden Sanierungsaufgaben und Austeritätsmaßnahmen durchzusetzen.

Die fiskalischen „Anpassungen“, wie heutzutage einschneidende Kürzungen von Sozialleistungen und Transferzahlungen genannt werden, gehen an den Kern dessen, was für viele Angestellte des öffentlichen Sektors in beiden Ländern hart erkämpfte Errungenschaften darstellen. Wie sich bereits am griechischen Beispiel gezeigt hat, ist die Einbindung der Gewerkschaften keinesfalls garantiert.

Eine Mentalität des Runden Tisches bleibt gleichwohl unbedingt notwendig. Es stellt eine zentrale Herausforderung in den kommenden Monaten dar, diese Interessensorganisationen in Athen und Dublin mit an Bord zu bringen. Dazu gehört auch, dass sie sich



Das von Finanznöten geplagte Irland soll 85 Milliarden Euro aus dem Rettungsschirm von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) erhalten. Davon sind 50 Milliarden Euro für die Finanzierung des Inselstaates vorgesehen, mit dem Rest soll das Bankensystem saniert werden.

als Teil der Lösungen definieren, und nicht Teil des Problems bleiben. Griechenland bietet allerdings bisher kaum erfolgreichen Anschauungsunterricht für irische Vertreter, wie diese Einbindung zu leisten ist.

Der Keltische Tiger mutiert zur lahmen Ente

Wir haben im vergangenen Jahr wahrlich eine große Wegstrecke in sehr kurzer Zeit zurückgelegt. Der einstmals gepriesene sog. „Keltische Tiger“ ist in den zurückliegenden Monaten zur lahmen Ente mutiert und befindet sich auf der Intensivstation. Die Verstaatlichung des irischen Bankensektors steht unmittelbar vor ihrem Abschluss.

Haben die ehemaligen Dompteure und Advokaten des Keltischen Tigers, die in den vergangenen Jahren weder in Athen noch in Frankfurt, Paris oder Rom müde wurden, seine Erfolgsgeschichte und Aggressivität zu preisen, eigentlich realisiert, wie nachhaltig sie sich öffentlich blamiert haben? Im Lichte ihrer zur Schau getragenen Arroganz und praktizierten Ignoranz, sollten wir eher vorsichtig sein, die Kurve ihrer Lernfähigkeit allzu hoch einzuschätzen.

Ähnlich wie während der tumultartigen Monate Februar bis Mai vergangenen Jahres in Griechenland, lernen die Iren nun, wie es

sich anfühlt, auf einer Rasierklinge zu laufen. Nichts hatte die griechischen Autoritäten und die stolzen Hellenen auf eine solche Herausforderung vorbereitet. Von dem Zeitpunkt an, wo die sog. Troika aus IWF, EU und Europäischer Zentralbank (EZB) zunächst in Athen und sechs Monate später in Dublin die Übergabe der Souveränitätsschlüssel verlangte, gab und gibt es kein Entrinnen mehr vor der Wirklichkeit.

Auch in diesem Befund gibt es Parallelen zwischen beiden Ländern. Jegliche Wirklichkeitsverweigerung vor dem, was die Stunde in Athen und Dublin geschlagen hat und was in den kommenden Jahren von beiden Gesellschaften zu leisten ist, wird die notwendige Anpassungsleistung nur noch schmerzvoller machen und die politischen Kosten in die Höhe treiben.

Die Bedeutung politischer Stabilität

Politische Stabilität spielt eine entscheidende Rolle. In Griechenland kann die Regierung des Premierministers Papandreou in Zusammenarbeit mit der sog. Troika aus IWF, EU und Europäischer Zentralbank den Konsolidierungskurs mit ihrer stabilen Mehrheit im Parlament bisher durchsetzen. Dagegen stehen in Irland Ende Februar 2011 Neuwahlen an. Diese werden einen Regierungswechsel mit sich bringen. Die Zusammensetzung der neuen Koalitionsregierung ist heute noch nicht erkennbar, aber die Parteienlandschaft in Irland wird sich völlig neu aufstellen.

Damit bieten sich die Parlamentswahlen nicht nur als Abrechnung mit der Vorgängerregierung des konservativen Premierministers Cowen an. Sie dienen auch zur Instrumentalisierung eines Plebiszits gegen die bisher ausgehandelten Vereinbarungen mit der Troika. Neuverhandlungen könnten folgen, oder der Ruf nach größerer Flexibilität und zeitlicher Streckung der Sanierungspolitik.

Beides sind keine guten Voraussetzungen zur Etablierung einer belastungsfähigen Zusammenarbeit zwischen einer irischen Regierung und der Troika. Die Folge könnte sein, dass der IWF und/oder die EU die Auszahlung der zweiten Finanztranche so lange zurückhält, bis sich die politischen Verhältnisse geklärt haben und die entscheidungsfähigen Akteure in Dublin erkennbar sind.

Zurück zu Griechenland. Trotz politischer Stabilität der Regierung kann von gesellschaftlicher Stabilität gegenwärtig keine Rede sein. Auch zu Jahresanfang wurde in Athen weiter gestreikt und demonstriert. Ankündi-

gungen über einen heißen Februar auf der Straße häufen sich.

Und doch sollte nicht vorschnell von den Streiks und dem geäußerten Unmut der Protestierenden auf die griechische Gesamtgesellschaft geschlossen werden. Vielmehr stehen sich seit Monaten in Griechenland zwei verschiedene Wahrnehmungen gegenüber. Zum einen der laute und ritualisierte Protest auf den Straßen. Zum anderen vollzieht sich eine eher stillschweigende Erkenntnis vieler Griechen zu Hause und an ihrem Arbeitsplatz, dass die getroffenen Maßnahmen der Papandreou Regierung 2010 alternativlos waren und 2011 fortgesetzt werden müssen.

Dazu gehören etwa die lange verzögerte Öffnung und Liberalisierung zunft-ähnlich anmutender Professionen wie z.B. Apotheker, Rechtsanwälte, Notare und Architekten. Hier werden Beschäftigungspotentiale gesehen und Wettbewerbsvorteile identifiziert, die außer von den Verteidigern ihrer Sonderinteressen von allen anderen Mitgliedern der Gesellschaft als ungerechtfertigte Privilegien abgelehnt werden.

Insgesamt lässt sich nach einem Jahr permanenter Schulden-, Defizit- und Wirtschaftskrise in Griechenland beobachten, dass viele Mitglieder der Gesellschaft weiter erscheinen als ihre politischen Vertreter im Parlament oder die gewerkschaftlichen Interessenverbände auf den Straßen. Die Kommunalwahlen vom November vergangenen Jahres gaben dazu erste aufschlussreiche Hinweise. Insbesondere parteiunabhängige Kandidaten sorgten für unerwartete Siege in den beiden größten Städten Griechenlands.

Der Bankensektor als Risikofaktor

Zurück nach Dublin. Im Unterschied zu Irland gibt es allerdings in Griechenland - noch - keine hausgemachte Bankenkrise, welche eine Regierung in die Knie gezwungen hat. Die irischen Banken sind im vergangenen Jahr bereits einmal durch die Regierung und den Steuerzahler vor dem Kollaps gerettet worden. Die Kosten dafür belaufen sich bisher auf 50 Milliarden Euro.

Der zweite Rettungsversuch hat die Regierung in Dublin fiskalisch an den Rand des Ruins gebracht und die Troika auf den Plan gerufen. Oder sollte es nicht korrekterweise heißen, dass das Flehen der irischen, britischen und kontinentaleuropäischen Banken nach staatlicher Intervention und europäischer Rettung dem erpresserischen Ruf nach einer Lösegeldforderung gleichkamen, wel-

che nun die politischen Autoritäten in Dublin zusammen mit der Troika zu leisten haben?

Die Ereignisse in Griechenland in der ersten und in Irland in der zweiten Jahreshälfte 2010 bringen auf nachhaltige Weise in Erinnerung, in was für finanziellen Zeiten wir uns befinden. Sowohl in Athen als auch in Dublin häufen sich Anekdoten und Erfahrungsberichte, dass es vorteilhafter sei, mit 50 Millionen Euro statt 50.000 Euro verschuldet zu sein. Die schwindelerregende Ironie des ganzen Arrangements ist allerdings die Tatsache, dass jene Individuen und finanziellen Institutionen, die am meisten gesündigt haben, am wenigsten zur Rechenschaft und Eigenhaftung herangezogen werden. Und wir alle in Athen und Dublin dachten, dass ein katholisches Land wie Irland und der starke Einfluss der orthodoxen Kirche in Griechenland einen anderen moralischen Kompass in Wirtschaft und Gesellschaft verankert hätten.

Die sozialen Kosten

Stattdessen vollzieht sich nun in Realzeit vor unseren Augen ein soziales Desaster in beiden Ländern. Griechenland befindet sich dabei in der wenig schmeichelhaften Position, einen gewissen Startvorteil in diesem Prozess zu besitzen. Sinkende verfügbare Einkommen wegen eingefrorener Gehälter, Kürzungen der Familienzulagen, wachsende Arbeitslosigkeit, das Ende des billigen Geldes und schneller Kredite machen es den Haushalten in Athen und Saloniki oder Dublin und Limerick zunehmend schwer, die Hypothek zurückzuzahlen, das Schulgeld zu begleichen und die hohen Kreditkartenschulden abzutragen. Zusammengenommen bedeuten solche finanziellen und ökonomischen Herausforderungen eine Gebrauchsanweisung für simple Schuldzuweisungen, populistische Lösungsvorschläge und politische Stammtischreden.

Beide Länder befinden sich geographisch an den entgegengesetzten Polen der Europäischen Union. Aber die einsetzenden drastischen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen zeigen sich an zahlreichen gemeinsamen Fronten; trotz der Entfernung zwischen Athen und Dublin. Die Jugendarbeitslosigkeit rangiert jeweils zwischen 25-30 Prozent; mit weiter steigender Tendenz. Zahlreiche junge Männer und Frauen wenden sich gezwungenermaßen von ihren Heimatländern ab.

Dieser Abwanderungsfluss wird sich 2011 weiter verstärken und eine der wichtigsten Talentreserven in Irland und Griechenland

ausdünnen. Sein Glück fern der Heimat zu versuchen, war einstmal in Athen und Dublin als Teil der notwendigen Ausbildungserfahrung und professionellen Fortentwicklung angesehen worden. Angesichts der Ereignisse des vergangenen Jahres und der Perspektiven in 2011 ist für viele Mitglieder der Generation der 20- bis 35-Jährigen die Arbeitsmigration ein Akt der verzweifelten Suche nach Alternativen geworden, um oberhalb der Armutsgrenze zu verbleiben.

Die Folgen für die Eurozone

Die politischen und fiskalischen Verwerfungen in Athen und Dublin haben im vergangenen Jahr die öffentliche Auseinandersetzung über die Zukunft der Eurozone geprägt. Nichts spricht dagegen, dass sich dies auch 2011 fortsetzen wird. Die 17 Mitglieder umfassende Eurozone ist heute mit dem Doppelproblem konfrontiert, sowohl die Schuldenstände der meisten seiner Mitglieder zu lösen, als auch eine Politik der Implementation von tiefgreifenden und mehrjährigen Sanierungsleistungen durchzusetzen.

Innerhalb des europäischen Kontinents stellt eine solche Kombination politischen Zündstoff dar. Politische Vertreter, Medienrepräsentanten, Investoren und Spekulanten sorgen sich um, oder konzentrieren sich auf die Identifizierung des nächsten Kandidaten, der sich schon bald im Rettungsboot neben Griechenland und Irland hinzugesellen könnte. Die üblichen Verdächtigten in dieser sich hinziehenden Saga haben sich von eingangs vier auf nunmehr zwei Kandidaten reduziert, nämlich Portugal und/oder Spanien.

Während die Spekulantenkarawane weiterzieht, mit voraussichtlichem Kurs auf Lissabon und Madrid, bleibt die Sorge um ein Übergreifen der Krise von Griechenland und Irland auf Portugal und Spanien die größte Herausforderung aller Beteiligten. Wie der griechische Fall gezeigt hat, ist der Versuch gescheitert, die Probleme Athens auf die Peripherie Südosteuropas einzugrenzen. Am nördlichen Ende dieser Peripherie geriet Irland sechs Monate später in ähnliche Turbulenzen, auch wenn die Ursachen dafür anders gelagert waren. Wir befinden uns in der Tat in einer Überlebenskrise der Eurozone. Für Athen und Dublin wird das kommende Jahr eine Herkulesaufgabe. Gleichwohl stellen mögliche Erfolge in der Sanierungsaufgabe keine Überlebensgarantie dar; weder für Griechenland und Irland, noch für die heutige Zusammensetzung der Eurozone. ■

Was hat das Gesetz bewirkt?

Patientenverfügung

Nach langen Diskussionen trat am 1. September 2009 ein neues Gesetz zur Patientenverfügung in Kraft. Es sollte die verbreitete Verwirrung über die Rechtslage beseitigen und Betroffenen wie Handelnden Sicherheit geben. Wurden diese Ziele erreicht? Oder sind Fragen offen geblieben? Gibt es neue Probleme und Aufgaben?



Seit Inkrafttreten des Gesetzes ist der Streit über Patientenverfügungen keineswegs zu Ende. Die alten Argumente werden weiterhin fast unverändert gegeneinander gehalten. Hat das Gesetz also letztlich gar nichts bewirkt? Oder – wenn doch: Was genau hat es bewirkt? Wurde das angestrebte Ziel, Rechtssicherheit zu schaffen, erreicht?

Studienleiter Christoph Meier unternahm in Zusammenarbeit mit Gian Domenico Borasio, Professor für Palliativmedizin an der Universität München, und Hans-Joachim Heßler, Vizepräsident des Oberlandesgerichts München, den Versuch, 16 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Art Zwischenbilanz zu ziehen. Die Journalistin Caroline Mayer fasste die Ergebnisse zusammen:

Caroline Mayer

Patientenverfügungsgesetz – Was hat es gebracht?

Am 1. September 2009 trat in Deutschland mit dem 3. Gesetz zur Änderung des Betreuungsrechts ein Gesetz in Kraft,

das die Verbindlichkeit von Patientenverfügungen klarstellt: Ist ein Patient bei einer Therapieentscheidung nicht mehr einwilligungsfähig und liegt eine schriftliche Patientenverfügung vor, muss diese von den behandelnden Ärzten beachtet werden. Die Ärzte sollen im Dialog mit den Angehörigen klären, was der Patientenwille im konkreten Fall ist und ob die Lebens- und Behandlungssituation derjenigen entspricht, für die die Behandlungswünsche geäußert wurden. Knapp eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes zogen Experten nun in Tutzing eine Zwischenbilanz: Hat sich das Patientenverfügungsgesetz bewährt? Was hat sich dadurch geändert? Wo gibt es möglicherweise noch Aufgaben und offene Fragen?

Zu Beginn der Tagung wurden zunächst die Hintergründe und die Entstehungsgeschichte des Gesetzes erläutert. Schon vor der Formulierung des Gesetzes waren Patientenverfügungen durch die Rechtsprechung als verbindlich angesehen worden. Das Gesetz sollte lediglich eine zusätzliche Rechtssicherheit schaffen und die bisher übliche Praxis im Umgang mit Patientenverfügungen gesetzlich regeln. Im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens hatten Kritiker daher Zweifel geäußert, ob ein Patientenverfügungsgesetz überhaupt notwendig sei.

16 Monate nach Inkrafttreten wurde das Gesetz von den Referenten der Tutzinger Tagung grundsätzlich begrüßt. Der Tübinger Medizinethiker Prof. Dr. Dr. Urban Wiesing sagte, zwar gebe es bisher keine empirischen Untersuchungen zur Wirkung des Gesetzes, die Existenz des Gesetzes habe seiner Meinung nach aber eine höhere Sensibilisierung für das Thema bewirkt als die zehn Jahre ethischer Debatte, die der gesetzlichen Regelung vorausgegangen waren. Der Münchner Palliativmediziner Prof. Dr. Gian Domenico Borasio, der als Sachverständiger des Bundestags am Gesetzgebungsprozess beteiligt war, erklärte, dass es notwendig erschienen sei, auch Selbstverständlichkeiten zu formulieren. So steht im Gesetz, dass der Arzt prüfen müsse, „welche Maßnahme im Hinblick auf den Gesamtzustand und die Prognose des Patienten indiziert ist“. Dass man es für notwendig erachtet habe, dies in das Gesetz zu schreiben, lasse vermuten, so Professor Wiesing, dass Ärzte diesen elementaren Grundsatz ihres Handelns möglicherweise nicht immer beachtet hätten, sondern „sich eher am technisch Machbaren als am individuell Indizierten orientiert“ hätten. Neben Lob für die sensibilisierende Wirkung äußerten die Experten aber auch Kritik

am Gesetz und benannten offene Punkte und Verbesserungsmöglichkeiten.

Als wichtigsten offenen Punkt nannte Borasio das Thema der Beratung beim Verfassen einer Patientenverfügung. Das Gesetz sieht keine Pflicht zur Beratung vor. Da sich eine Patientenverfügung aber per definitionem auf medizinische Entscheidungen beziehe, und über medizinische Details nur Ärzte kompetent Auskunft geben könnten, sei eine ärztliche Beratung mehr als nur wünschenswert, sagte der Palliativmediziner. Eine solche ärztliche Beratung sollte seiner Meinung nach unbedingt in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aufgenommen werden.

Der Medizinethiker Prof. Dr. Dr. Wiesing sprach einige ungeklärte Punkte des Patientenverfügungsgesetzes aus ethischer Sicht an, nahm die Regelung aber gleichzeitig vor zu hohen Ansprüchen in Schutz. Zwar äußere sich der Gesetzestext nicht zu den brisanten Fragen der Ethik. Selbst wenn er das täte, könne er sie aber ohnehin nicht beantworten, sagte Wiesing. So sei beispielsweise die Spannung zwischen Fürsorge und Selbstbestimmung nicht zu lösen. Das Gesetz enthält keine Reichweitenbegrenzung für Patientenverfügungen und lasse damit auch „unvernünftige“ Patientenverfügungen zu.

Recht könne keine innere Haltung vorschreiben und ein Gesetz könne keine Haltung ersetzen, sagte Wiesing. Die ethische Praxis würde daher durch ein Gesetz nicht einfacher, Entscheidungen müssten nach wie vor sorgfältig gefällt werden. Es sei gerade ein positiver Aspekt dieses Gesetzes, dass es keine Moral predige und den Bürgern nicht vorschreibe, wie sie ihr Sterben gestalten sollen.

Ethische Argumente, die für das Gesetz sprechen, sind nach Meinung des Medizinethikers die Stärkung der Selbstbestimmungsansprüche der Patienten, die Tatsache, dass es keinen Zwang für eine Patientenverfügung gibt, die Bestimmung von formalen Anforderungen bei der Abfassung der Willenserklärung, die voreilige Patientenverfügungen verhindern sollen, und die Möglichkeit, eine Patientenverfügung jederzeit formlos zu widerrufen.

Wiesing kritisierte allerdings, dass sich das Gesetz nicht zum Thema Patientenverfügung von Minderjährigen äußere und plädierte dafür, sich bei Behandlungswünschen von Jugendlichen nicht an deren Geschäftsfähigkeit, sondern an deren Einwilligungsfähigkeit zu orientieren. Ebenfalls kritisch beurteilte Wiesing, dass das Gesetz allein den Arzt als zuständig für die Indikationsstellung ansieht. Da bei der Abwägung von Nutzen und Risiko einer Behandlung auch Werthaltungen eine Rolle spielten, müssten die Angehörigen im Sinne des dialogischen Prinzips einbezogen werden. Er glaube, dass das von Borasio angesprochene Problem der Nicht-Akzeptanz einer ärztlichen Indikation eher im Dialog zwischen Arzt und Angehörigen als durch das Einholen einer zweiten Meinung gelöst werden könne.

Auch Prof. Dr. Georg Marckmann, neuer Lehrstuhlinhaber für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der LMU München, äußerte sich zu Problemen, die durch das Gesetz noch nicht gelöst sind. Eine gesetzliche Verankerung von

Patientenverfügungen sichere allein noch nicht die Selbstbestimmung am Lebensende, sagte der Medizinethiker. Dafür sei eine effektive Vorsorgeplanung nötig, in der Patientenverfügungen nur ein Teil des Systems sind.

Marckmann führte aus, dass bislang nur etwa 10 bis 20 Prozent aller Bürger in Deutschland eine Patientenverfügung verfasst haben. Von diesen Willenserklärungen seien aber viele im Ernstfall nicht auffindbar, zudem seien von den vorliegenden Verfügungen viele nicht aussagekräftig formuliert oder nicht verlässlich. Oft sei nicht klar, ob die Patienten wirklich verstanden haben, was sie angekreuzt haben, und viele Verfügungen würden daher von den Ärzten nicht befolgt. „Die Folge ist, dass Patientenwünsche nicht angemessen berücksichtigt werden“, sagte Marckmann. Man müsse daher neue Wege finden, um ein System zu weben, das in der Breite eine selbstbestimmte Behandlung ermöglicht.

Als Beispiel für eine solche systematische Vorsorgeplanung stellte der Medizinethiker ein US-amerikanisches Modell aus Wisconsin vor: das so genannte „Advance Care Planning“. Wie Marckmann ausführte, werden bei diesem Konzept eine aufsuchende Beratung, eine qualifizierte Unterstützung durch geschultes Personal sowie eine professionelle Dokumentation und Archivierung miteinander kombiniert, um Patientenverfügungen umzusetzen. Aktuell publizierte Daten zeigten, dass dies sehr gut funktioniere. Marckmann forderte daher auch für Deutschland eine regionale Vorsorgeplanung nach dem Vorbild des Advance Care Planning. Entsprechende Projekte seien bereits angelaufen wie das Projekt „beizeiten begleiten“ in Grevembroich.

Zum Abschluss der Tagung wurden in Anwesenheit von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in Kurzreferaten noch einmal konkrete ungelöste Probleme des Patientenverfügungsgesetzes vorgestellt. Dabei ging es um Patientenverfügungen von Minderjährigen, von psychisch Kranken und von Demenzkranken sowie um die Frage der Gültigkeit von Patientenverfügungen, wenn es keinen Betreuer gibt. Hier stellte der Vizepräsident des Oberlandesgerichts München, Dr. Hans-Joachim Heßler, klar, dass eine „passgenaue“ Patientenverfügung den Arzt direkt binde und nicht in jedem Fall ein Betreuer bestellt werden müsse. Diese Meinung werde auch von der Bundesärztekammer und dem Bundesjustizministerium vertreten, was Frau Leutheusser-Schnarrenberger in ihrer Ansprache bestätigte.

Die Ministerin erklärte, dass am Betreuungsrecht weiterhin gearbeitet werde, sagte aber auch, dass demnächst keine Evaluierung des Patientenverfügungsgesetzes mit dem Ziel einer Rechtsänderung geplant sei. „Wir sehen keinen Auftrag, an diese gesetzlichen Grundlagen heranzugehen“, sagte Leutheusser-Schnarrenberger. Es gehe jetzt erst einmal darum, „das Gesetz mit Leben zu füllen und dafür zu sorgen, dass es gelebt wird.“ Bei möglichen noch offenen Fragen erwarte sie in den nächsten Jahren eine Präzisierung durch die Rechtsprechung.

(Der Tagungsbericht wurde von Caroline Mayer erstveröffentlicht in: Münchner ärztliche Anzeigen, Nr. 2 vom 22.1.2011, S. 3 f.) ■

Zum Abschied von Roswitha Terlinden

„Kunst gibt nicht das Sichtbare wieder, sondern macht sichtbar“ (Paul Klee)

Am 21. Februar 2011 wurde Studienleiterin Roswitha Terlinden in den Ruhestand verabschiedet. Fast 15 Jahre lang leitete die promovierte Pädagogin die Geschicke im Kunst- und Kulturreferat der Akademie. Im Kreise der Studienleiterschaft, der Kooperationspartner und Freunde wurde ihr Abschied aus dem aktiven Berufsleben gebührend gefeiert.

Roswitha Terlinden

Zum Abschied

In dem Spektrum des Akademiereferats „Kunst, Kultur und Pädagogik“ bündelte sich all das, was in Studium, beruflicher Praxis und persönlicher Neigung meine Schwerpunkte geworden waren. Und dann der legendäre Ruf der Evangelischen Akademie Tutzing – die Ausrichtung der Waagschale ließ mich das Wagnis der Bewerbung eingehen.

Ich gestehe – in der Rückschau war ich überrascht über die Reichhaltigkeit der Begegnungen und die Vielfalt der Themen. Diese zu bewältigen, ist ohne die Unterstützung und das Zusammenspiel aller am Akademiegesehen Beteiligten nicht denkbar.

Wie es nun bei mir weitergeht? Es ist sicher nicht verkehrt, sich an Goethes Empfehlung zu halten: *„Man soll alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich wäre, einige vernünftige Worte sprechen“.*

Ich fühle mich noch mehr Robert Rauschenberg verbunden, dessen Maxime für seine Kunst ich mir erlaube, für mein Leben abzuwandeln:

„Ich versuche lieber, in meinem Leben dem Gewöhnlichen etwas abzugewinnen. Etwas, das mich überrascht. Viele Menschen leben doch in dem Gefühl, dass ihnen für ihr Glück etwas Wichtiges fehlt. Oder dass sie das Entscheidende in ihrem Leben versäumen. Dabei ist die Welt doch ungeheuer reich. Man muss den Reichtum nur einsammeln“.



Der Bariton Burkhard v. Puttkamer und die Pianistin Zsuzsa Balint sorgten für die musikalische Umrahmung des Abends.



Prof. Dr. Dr. h.c. Gunther Wenz, der als Vorsitzender die herzlichen Dankesgrüße und Glückwünsche der Mitglieder des Kuratoriums der Evangelischen Akademie Tutzing überbrachte, hatte seine freie Rede in folgender Sentenz zusammengefasst: „Lind, d. h. sanft und ruhig, verständlich und mild, geschmeidig und biegsam, aber auch hartnäckig und zäh; all dies mal drei genommen ergibt ‚Terlinden‘. Zählt man Ruhm, Stärke und gelehrte Weisheit hinzu, dann lautet das Gesamtergebnis ‚Dr. Roswitha Terlinden‘“.



Prof. Dr. Hans-Joachim König
Vorsitzender Freundeskreis Evangelische Akademie Tutzing e.V.

Verehrte, liebe Frau Dr. Terlinden, zunächst spreche ich zu Ihnen als begeisterter Teilnehmer Ihrer Silvestertagungen und danke Ihnen sehr herzlich für kreativ und inhaltsreich gestaltete Übergänge in ein neues Jahr. Ich weiß, dass ich im Namen vieler Menschen spreche, wenn ich Ihnen und uns eine Fortführung dieser einzigartigen Tagungen wünsche.

Und jetzt spreche ich zu Ihnen als Vorsitzender des Gesamtfreundeskreises der Akademie mit einem herzlichen Dankeschön für die gute Zusammenarbeit zwischen Ihnen und dem Freundeskreis. Besonders danke ich Ihnen dafür, dass wir in den letzten Jahren durch Kooperationsveranstaltungen zu Theater und Musik unsere Zusammenarbeit zum Gewinn der Freundeskreismitglieder noch intensivieren konnten. Dank Ihrer Kompetenz waren diese Kooperationstagungen in Wien, Dresden, Lübeck und Berlin nicht nur Höhepunkte im Veranstaltungskalender des Freundeskreises, sondern für mich als Mitverantwortlichen zugleich persönliche Bereicherungen. Und eine gemeinsame Tagung haben wir ja noch im März in Hannover (Theater - Deine moralische Anstalt?).

Wie ich Sie kenne, fallen Sie nach der Verabschiedung aus der Akademie in kein tiefes Loch. Überdies sind Sie neulich Mitglied des Freundeskreises geworden und halten so auch weiterhin eine institutionelle Verbindung zur Akademie. Wenn ich ehrlich bin, sehe ich in Ihrer Verabschiedung von der Akademie für den Freundeskreis einen Gewinn, denn wir werden uns Ihre Kompetenz zu sichern wissen. Wäre es nicht eine große Freude, wenn ich Sie demnächst im Kreis der örtlichen Freundeskreisleiter begrüßen könnte und wir so die bisherige gute Kooperation unter einem neuen Vorzeichen fortsetzen würden?

Ich danke Ihnen noch einmal sehr herzlich und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute.



Akademiedirektor Dr. Friedemann Greiner

Verehrte Frau Dr. Terlinden, Sie waren seit 15 Jahren hier an der Akademie verantwortlich für den thematischen Bereich „Kultur, Kunst, Bildungspolitik und Pädagogik“. Sie haben diesen Bereich unserer Tagungsarbeit nicht verwaltet, Sie haben ihn mit Sinn und Verstand, mit der Ihnen eignenden Kompetenz und Verve gestaltet und Menschen Orientierung an die Hand gegeben, ja sie für diese Themen begeistert!

Kunst, Kultur und Bildung gehören unaufgebar zusammen. Sie sind notwendige Ingredienzien eines zureichenden Verständnisses von Mensch und Gesellschaft. Kultur und Bildung sind Voraussetzung eines innovativen und zukunftsfähigen Gemeinwesens! Dafür haben Sie sich engagiert eingesetzt und eine Vielfalt von Tagungsprojekten auf den Weg gebracht.

Sie haben überzeugend und nachhaltig in Ihren Tagungen zum Ausdruck gebracht, dass Kunst und Kultur nicht einfach – je nach Kassenlage – von der Tagesordnung staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen genommen werden können. Kunst und Kultur sind keine Girlanden, die man einfach auf- oder abhängen kann, will man nicht das Zusammenleben der Menschen gefährden.

Verehrte Frau Terlinden: Dieser Bereich von Bildung und Kultur, den Sie so umsichtig verantwortet haben, gehört zum Kernbestand protestantischen Selbstverständnisses. Ohne Bildung, ohne Menschenbildung, wie sie uns Melancton gelehrt hat und wie sie mehr denn je im Fokus unserer gegenwärtigen Bildungsaufgaben steht, wird eine Gesellschaft nicht wirklich eine reiche, vielgestaltige und lebendige sein!

„Extra bavariam nulla vita“, so heißt es. „Extra Akademiam nulla vita“ so könnte man es für Ihren Einsatz hier in unserem Haus umformulieren. Ich bin gewiss, dass es für Sie auch jenseits der Akademie Tutzing Leben und Erfüllung gibt, das ich Ihnen von Herzen wünsche!

Zum Abschied von Christoph Meier

Medicus curat, natura sanat

(Der Arzt behandelt, die Natur heilt)

Der stellvertretende Akademiedirektor und Studienleiter Christoph Meier steht seit 1990 in den Diensten der Akademie. Am 15. März 2011 wurde er aus dem Kreis der Studienleiterschaft in den Ruhestand verabschiedet. Über seine Erfahrungen und Eindrücke sprach er mit Axel Schwanebeck im nachfolgendem Interview:



Im Auditorium der Akademie wurde Christoph Meier im Kreise der Kolleginnen und Kollegen, der Kooperationspartner und Freunde aus seinem Amt als Studienleiter und Stellv. Akademiedirektor verabschiedet. Grußworte sprachen u.a. Oberkirchenrat Detlev Bierbaum (Mitte) und Akademiedirektor Friedemann Greiner.

Tutzinger Blätter:

Wenn ich in unseren alten Halbjahresprogrammen aus den 1990er Jahren blättere, entdecke ich unter Ihrem Namen den Zusatz „Akademiearbeit in Franken“. In vielen Tagungen haben Sie die Sorgen und Nöte dieser bayerischen Region aufgegriffen und thematisiert. Zu erinnern sei etwa an „Wennsd mi fragsd – Politik im Dorf, Politik für das Dorf“, „Die Amerikaner gehen – Regionale Folgen des Truppenabbaus“ oder „Europa von unten – Euregio als Modell“. Doch die Arbeit in Franken hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten verändert. In welcher Weise?

Christoph Meier:

Als die Stelle des Frankenreferenten in den 1950er Jahren an der Akademie eingerichtet wurde, gab es neben den Evangelischen Akademien noch kaum Einrichtungen, die in vergleichbarer Weise gesellschaftlich relevante Themen bearbeiteten – schon gar nicht solche in kirchlicher Trägerschaft. Insofern leisteten die ersten Frankenreferenten der Akademie mit ihren Tagungsangeboten, mit denen sie jeweils vor Ort aktuel-

le Themen aufgriffen, eine Art „Entwicklungshilfe“ in der Region. Heute gibt es allein in kirchlicher Trägerschaft in allen Dekanaten der Landeskirche (bei kleineren Dekanaten teilweise gemeinsame) regionale Erwachsenenbildungswerke und in größeren Städten Stadtakademien, die diese Aufgabe übernommen haben und für die regional aktuellen Themen – weil sie „näher dran“ sind – auch besser erfüllen können als ein von außen kommender Vertreter der Tutzinger Akademie. Was für die Akademie nicht nur in Franken sondern auch in anderen Regionen Bayerns bleibt, ist, mit Themen, die in einer großen Einrichtung mit einem weiteren Einzugsbereich besser platziert sind als in einer kleinen regionalen oder örtlichen, gelegentlich aus dem Haupthaus in Tutzing heraus in andere Regionen Bayerns zu gehen. Das tun wir nach wie vor, quantitativ und hoffentlich auch qualitativ sogar verstärkt – allerdings nicht mehr nur durch einen Frankenreferenten, der als Generalist möglichst viele Themenbereiche abzudecken versucht, sondern je nach Thema mit den jeweils fachlich ausgewiesenen Studienleiterinnen und Studienleitern.

Tutzinger Blätter:

Neben der Akademiearbeit in Franken haben Sie sich intensiv mit naturwissenschaftlichen Problemstellungen auseinandergesetzt. Mir fallen z.B. Tagungen ein wie „Künstliche Intelligenz – Traum oder Trauma“, „Chaostheorie – neue Weltformel oder viel Lärm um nichts?“ oder auch Ihre Veranstaltung über das Klon-Schaf „Dolly und die Folgen“. Es ist ja bekannt, dass zumeist Astronomen und Physiker den Weg zur Theologie suchen. Was jedoch fasziniert den Theologen an naturwissenschaftlichen Fragestellungen?

Christoph Meier:

Eine gewisse Fremdheit bis sogar Feindschaft zwischen Theologie und Naturwissenschaften ist fast so alt wie die Theologie selbst. Andererseits gab und gibt es mindestens seit der Aufklärung immer wieder Bemühungen von Theologen, die Gräben zu überbrücken. Auf der anderen Seite gibt es nicht wenige Naturwissenschaftler, die sich an den Grenzen ihrer eigenen Erkenntnismöglichkeiten philosophische bis hin zu theologischen Fragen stellen und an einem interdisziplinären Austausch darüber interessiert sind. Unter interessierten Laien ist das Interesse an einem solchen Austausch – mit dem Ziel, naturwissenschaftliche Erkenntnisse und Glauben für sich selbst „zusammenbringen“ zu können – ohnehin groß. Einen geeigneteren Ort als eine Evangelische Akademie, um derartige Dialoge zu führen, gibt es wohl kaum, und so drängt es sich geradezu auf, entsprechende Themen in das Programm auch unserer Akademie zu nehmen. Da dem Kollegium der Akademie kein(e) Naturwissenschaftler(in) angehört und ich immer schon am Dialog zwischen Theologie und Naturwissenschaften interessiert war, habe ich diese Aufgabe übernommen, wobei ich mir für die Planung und Gestaltung der Tagungsprogramme fachkundige Berater aus den jeweils einschlägigen Naturwissenschaften gesucht habe, die gelegentlich auch zu Mitveranstaltern wurden.

Tutzinger Blätter:

Lassen Sie uns noch ein wenig beim Thema Wissenschaften bleiben. Sie haben auch die Bayerischen Hochschultage der Akademie mit verantwortet. Mit vielen Hochschullehrern und anderen Hochschulangehörigen ging es dabei um den „Wissenschaftsstandort Deutschland“, um den „Bologna-prozess“ oder um die „Hochschul- und Studienfinanzierung“ – um nur drei Beispiele für Vieles zu nennen. Inzwischen ist aus den Bayerischen Hochschultagen, die über 30 Jahre existierten, das „Tutzinger Forum Wissenschaft“ geworden. Was unterscheidet die beiden Veranstaltungsformen? Wohin soll die Reise gehen?

Christoph Meier:

Die Tutzinger Hochschultage waren in der Zeit der Umwälzungen an den Hochschulen, die Anfang der 1960er Jahre u.a. durch Georg Picht (der eine „Bildungskatastrophe“ in Deutschland diagnostiziert hatte) angestoßen und später durch die sog. 68er-Bewegung befeuert worden waren, ins Leben geru-

fen worden. Ziel dieser Veranstaltungen war es, hochschulpolitisch Verantwortlichen und Interessierten eine Plattform für eine sachliche Diskussion der anstehenden Fragen abseits der aufgeheizten Atmosphäre an den Hochschulen zu geben: ein exemplarischer Fall also für einen „Dritten Ort“, wie ihn sich die Gründerväter der Evangelischen Akademien in ihren Konzeptionsüberlegungen vorstellten. Hochschulpolitische Themen gibt es zwar auch heute noch genügend, aber der Bedarf, diese an einem „Dritten Ort“ zu diskutieren, ist zunehmend geringer geworden, weil die Voraussetzungen für solche Diskussionen jetzt auch am „Ersten Ort“ (also an den Hochschulen selbst) uneingeschränkt gegeben sind. Man braucht dafür keinen „Dritten Ort“ mehr und so haben sich die Tutzinger Hochschultage alten Stils überlebt. Um den mit ihnen angesprochenen Zielgruppen aber weiterhin ein speziell auf sie zugeschnittenes Tagungsangebot zu machen, haben wir das „Tutzinger Forum Wissenschaft“ ins Leben gerufen, das ebenfalls jährlich stattfindet und bei dem inhaltliche Wissenschaftsthemen von breiterem gesellschaftlichem Interesse interdisziplinär diskutiert werden: bisher z.B.: „Paradigmenwechsel durch Nanoforschung?“ oder „Ethik der Neurowissenschaften“.

Tutzinger Blätter:

Franken-Tagungen, naturwissenschaftliche und hochschulpolitische Tagungen – das ist ein breites thematisches Spektrum. Aber Ihr Hauptaugenmerk galt der Medizin. Von Ihrem Vorgänger, Studienleiter Bernhard Wolf, wurde im Jahr 1988 mit einem „Medizin-Theologie-Symposium“ ein erster Anfang in diesem Themenbereich gemacht. Was hat Sie gereizt, diese spezifische Veranstaltungsreihe fortzusetzen und insgesamt bei der Medizinethik einen Schwerpunkt Ihrer Arbeit zu setzen?

Christoph Meier:

Die „Medizin-Theologie-Symposien“ wurden in den ersten beiden Jahren zwar von Bernhard Wolf organisiert. Angeregt und lange Zeit auch mitgestaltet wurden sie jedoch von zwei anderen Personen: Prof. Dr. Richard Riess (damals Augustana-Hochschule Neuendettelsau) und Prof. Dr. Walter M. Gallmeier (damals Chefarzt der Medizinischen Klinik am Klinikum Nürnberg). Diese beiden hatten die Idee, Medizin und Theologie in und mit einer interessierten Öffentlichkeit so miteinander ins Gespräch zu bringen, dass daraus hilfreiche Anregungen für den Arbeitsalltag in medizinischen, pflegerischen und anderen mit und für kranke Menschen arbeitenden Berufen, für den Lebensalltag kranker Menschen und ihrer Angehörigen, sowie für die Begegnung zwischen diesen Gruppen erwachsen konnten. Auf der Suche nach einem Träger für entsprechende Veranstaltungen wandten sich Richard Riess und Walter Gallmeier (als Franken, die sie beide waren) an den damaligen Frankenreferenten der Akademie, Bernhard Wolf, der ihr Anliegen aufnahm und die ersten beiden „Medizin-Theologie-Symposien“ gemeinsam mit ihnen gestaltete.

Publikationen

Publikationen zum Bestellen

ZUM ABSCHIED VON CHRISTOPH MEIER

Ich selbst fand bei meinem Dienstantritt im Mai 1990 ein von Richard Riess und Walter Gallmeier fast fertig konzipiertes Programm für ein drittes „Medizin-Theologie-Symposium“ im Herbst 1990 vor, in das ich gern „eingestiegen“ bin. Die weitere Vorbereitung und vor allem dann auch der Verlauf dieser Tagung verstärkten mein vorher schon vorhandenes Interesse an medizinischen – vor allem medizinethischen – Themen und ließen die ebenfalls vorher schon vorhandene Idee weiter reifen, einen inhaltlichen Schwerpunkt meiner Arbeit in diesem Themenbereich zu setzen, zumal Bedarfsmeldungen aus der genannten Zielgruppe und sich abzeichnende gesellschaftliche Entwicklungen darauf hindeuteten, dass das bisherige Programmangebot der Evangelischen Akademie Tutzing an dieser Stelle eine Lücke aufwies. Alles Weitere ergab sich sukzessive aus diesen Anfangsimpulsen.

Inzwischen ist aus den kleinen Anfängen der umfangreiche Programmbereich Medizinethik an der Akademie geworden, wie er heute besteht. Das „Medizin-Theologie-Symposium“ findet sich darin immer noch und ist nach wie vor „vital“, inzwischen mit dem dritten Mitveranstalterpaar: dem Mediziner Prof. Dr. Frank Erbguth vom Klinikum Nürnberg und dem Theologen Prof. Dr. Traugott Roser vom Lehrstuhl für Spiritual Care an der LMU München. Hinzugekommen sind einige weitere Tagungsreihen (z.B. die „Patientenforen Medizinethik“, regelmäßige Kooperationstagungen mit dem Gesundheitsforum der Süddeutschen Zeitung und ebenso regelmäßige Psychiatrietagungen) sowie eine Vielfalt von Einzelveranstaltungen zu verschiedensten Themen: von grundsätzlichen bioethischen Streitfragen über praktische Probleme des Umgangs miteinander sowie mit sachlichen Konflikten im medizinischen, pflegerischen und sonstigen Alltag des Gesundheitswesens bis hin zu Fragen der Bewältigung von belastenden Erfahrungen mit oder eigenem Erleben von Krankheit, Leiden und Sterben.

Tutzinger Blätter:

In dieser Arbeit haben Sie immer einen kritischen Blick auf die Leistungen der modernen Medizin gerichtet. Tagungen wie „Die Intensivstation – ein Ort des Leidens“, „Heillos gesund“ oder „Therapie bis zum bitteren Ende?“ zeigen dieses anschaulich. Misstrauen Sie der medizinischen Kunst?

Christoph Meier:

Ich misstrauere nicht der medizinischen Kunst an sich. Ich misstrauere den Wunderverheißungen oder sogar Heilsversprechungen, die häufig damit verbunden werden. In einer meiner Tagungen sagte ein Vertreter einer Firma, die medizintechnische Geräte herstellt, der Zeitpunkt sei absehbar, zu dem der Mensch im Durchschnitt 140 Jahre alt werde, und auch ein völliger „Sieg“ über den Tod sei auf längere Sicht nicht ausgeschlossen. Dass, wenn der Tod abgeschafft werden könnte, konsequenterweise auch die Geburt abgeschafft werden müsste (was ironischerweise sogar machbar wäre), hat er nicht gesagt – wohlweislich, denn er hätte damit nicht nur die Hybris, sondern auch die Dummheit seiner These entlarvt.

Solche Auswüchse an Wunderverheißungen sind sicherlich Ausnahmen und seriöse Mediziner distanzieren sich davon. Aber kurz bevorstehende „Siege“ über diese oder jene bisher unheilbare Krankheit werden immer wieder einmal über die Medien verkündet, und an der Entstehung solcher Meldungen sind auch ansonsten seriöse Mediziner nicht gänzlich unbeteiligt. Im Ergebnis entsteht in einer breiten Öffentlichkeit das Bild, für die Medizin sei fast alles machbar, und für das Wenige (noch) nicht machbare sei es nur eine Frage der Zeit bis es machbar werde. Einer Medizin, die eine solche Sicht der Dinge fördert, misstrauere ich in der Tat zutiefst und setze dagegen die uralte aber in keiner Weise veraltete Weisheit aus der Tradition des Hippokrates, die wir diesem Interview als Titel gegeben haben.

Damit ist gesagt: Im Letzten und Entscheidenden ist es die Natur, die gesund bleiben oder krank werden lässt, gegebenenfalls zwischendrin noch einmal oder mehrmals wieder heilt und am Ende schließlich sterben lässt. Die Medizin kann sie dabei unterstützen, bzw. im Fall von unheilbarer Krankheit oder Sterben das damit verbundene Leiden lindern. Außer Kraft setzen kann sie die Natur und ihre Gesetze jedoch nicht, und wenn sie es trotzdem versucht, zahlen alle Beteiligten und Betroffenen dafür hohe Preise. In vielen Fällen wird nämlich durch medizinische Interventionen mehr Leiden erzeugt als gelindert, und am Ende geht die menschliche Dimension mehr und mehr verloren, die in den Worten „medicus curat“ (von curare = sorgen) anklingt. Viele der Teil-

nehmerinnen und Teilnehmer an meinen Tagungen, die aus unterschiedlichsten Erfahrungsbereichen kamen (Ärztinnen/Ärzte, Pflegende, in anderen Fürsorgeberufen Tätige, Patientinnen/Patienten, Angehörige und andere Betroffene oder sonst am jeweiligen Thema Interessierte) haben insbesondere diesen Verlust immer wieder beklagt und sind wohl nicht zuletzt deshalb zu meinen Tagungen gekommen (viele haben eine solche Motivation auch ausdrücklich benannt), weil diese neben vielen je nach Thema unterschiedlichen Einzelzielen ein gemeinsames Ziel hatten: dem Machbarkeitswahn Realismus und der angesichts zunehmender Ökonomisierung und Technisierung wachsenden menschlichen Kälte verstärkte Aufmerksamkeit für die (zwischen-) menschliche Dimension der „Behandlung“ entgegenzusetzen.

Es geht nicht – wie im medizinischen Alltag leider noch allzu häufig – in erster Linie um die Krankheiten, die ein Mensch hat, sondern um den Menschen, der krank ist. Wenn ich mit meiner Arbeit wenigstens etwas dazu beitragen konnte, diese Einsicht zu stärken und weiter zu verbreiten, dann habe ich ein wichtiges Ziel erreicht.

Tutzinger Blätter:

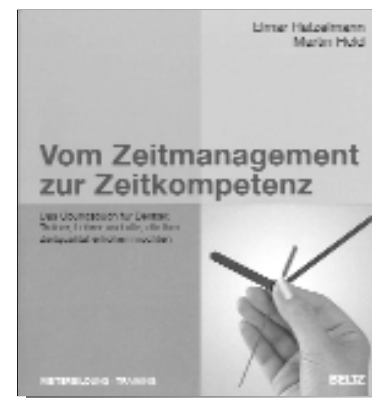
Abschließend: Was wünschen Sie Ihrem Nachfolger? Was sollte von Ihrer Arbeit fortgesetzt werden?

Christoph Meier:

Wenn ich selbst an dieser Stelle weiterarbeiten würde, würde ich diese Linie fortsetzen, zumal es – wie mir bei meinen Tagungen und darüber hinaus immer wieder gesagt wurde – viele Menschen gibt, die genau so etwas suchen. Im Blick auf meine(n) Nachfolger(in) aber habe ich mir vorgenommen, mich in seine Planungen und erst recht in seine konkrete Arbeit in keiner Weise einzumischen. Er/Sie kann, soll und wird eigene Schwerpunkte setzen. Ich wünsche ihr/ihm zu seinen/ihren Veranstaltungen und darüber hinaus ähnlich viel Zuspruch wie ich ihn erfahren durfte.

Tutzinger Blätter:

Haben Sie vielen Dank für dieses kurze, informative Gespräch. Vom Redaktionsschreibstisch aus wünsche ich Ihnen weiterhin alles Gute und vor allem eins: Gesundheit! ■



Elmar Hatzelmann, Martin Held (Hg.)

Vom Zeitmanagement zur Zeitkompetenz

Souverän mit Zeit umgehen, Lebensqualität erhöhen
Beltz-Verlag, Weinheim 2010, 160 Seiten
€ 22,00
Best-Nr.: 6832



Martin Held, Gisela Kubon-Gilke, Richard Sturm (Hg.)

Normative Grundfragen der Ökonomik

Jahrbuch 8. Bildungsökonomie in der Wissensgesellschaft.
Metropolis Verlag, Marburg 2009, 290 Seiten
€ 26,00
Best-Nr.: 6827



Michael Schröder, Axel Schwanebeck (Hg.)

Qualität unter Druck

Journalismus im Internet-Zeitalter.
Nomos-Verlag, Baden-Baden 2010, 183 Seiten
€ 19,80
Best-Nr. 2764



ABSENDER (bitte deutlich schreiben):

Evangelische Akademie Tutzing
z. Hd. *Frau Baumert*
Postfach 1227

82324 Tutzing

Die 5. Tutzinger Schülerakademie

Mit Visionen in eine nachhaltige Zukunft

Die 5. „Tutzinger Schülerakademie“ befasste sich wiederum mit den zentralen Aspekten einer nachhaltigen Zukunft: mit Identität und Religion, Tier- und Artenschutz, mit einer gerechteren Gesellschaft, erneuerbaren Energien, ökologischer Marktwirtschaft und der Würde des Menschen.

Die „Tutzinger Schülerakademie“ ist ein ehrgeiziges Projekt. Die drei Studientage zu gesellschaftlich relevanten Problemen müssen in eigener Regie von den Schülerinnen und Schülern vorbereitet und durchgeführt werden. Unter Anleitung der Lehrkräfte **Kludia Balke, Gabriele Beulke, des ehemaligen stellvertretenden Direktors des Tutzinger Gymnasiums, Axel Moses, und von Studienleiter Jochen Wagner** galt es, pädagogische Konzepte zu entwickeln, Referenten einzuladen und darüber hinaus sich um Pressearbeit, logistische Details und Sponsoren zu kümmern.

Die Gymnasiasten lösten alle Aufgaben mit Bravour und großem Engagement. Nachfolgend ihr Bericht:

Vorbereitungsteam Gymnasium Tutzing, Grundkurs „Schülerakademie“

Visionär, zukunftsfähig und selbstgemacht. Die Tutzinger Schülerakademie geht in die fünfte Runde

Um sich darüber bewusster zu werden, wie unsere Zukunft aussehen könnte, organisierten wir Schülerinnen und Schüler der Oberstufe des Tutzinger Gymnasiums 3 Studientage zum Thema „Nachhaltigkeit – Verantwortung für die Zukunft“. Mehr als 90 Schülerinnen und Schüler aus ganz Bayern kamen in der Evangelischen Akademie Tutzing zusammen, um über verschiedene Aspekte der Nachhaltigkeit zu diskutieren.

Die Tutzinger Schülerakademie ist rundum ein Projekt von Schülern für Schüler

Unterstützt von der Evangelischen Akademie wurden geeignete Referenten aus den Bereichen Wirtschaft, Politik und Kultur für dieses Seminar eingeladen. Prominente Gäste, wie der Extrembergsteiger **Heinz Zak** oder der alternative Nobelpreisträger Prof. Dr. **Hans-Peter Dürr**, begeisterten durch mit-

reißende Vorträge über Weltbilder, Berufung und Visionen. Der Schüler **Felix Finkbeiner** zeigte, dass Ideen erfolgreich Veränderungen bewirken.

Dass man sich mit seiner Zukunft auseinandersetzen muss, wenn man etwas verändern will, war jedem der Teilnehmer bewusst. Doch wo fängt man an? Schon in der Begrüßungsrede bemerkte die Schülerin **Axinja Weyrauch**: „Wir können die Welt nicht mit dieser Veranstaltung ändern. Das wissen wir. Das ist utopisch. Aber was zählt, ist der Wille, es wenigstens zu probieren!“

In sechs Kleingruppen wurde zu verschiedenen Aspekten der Nachhaltigkeit gearbeitet, diskutiert und reflektiert. Im Auditorium der Akademie stellten die verschiedenen Arbeitsgruppen in einer großen Abschlusspräsentation ihre Diskussionsergebnisse vor. Themen waren Identität und Religion, Tier- und Artenschutz, erneuerbare Energien, Menschenrechte, die ökologische Marktwirtschaft und die Frage nach einer gerechten Gesellschaft.

Als Ergebnis resultieren mehrere Projekte. Geplant sind ein Fotokalender, dessen Erlös unter anderem an Tierheime gehen soll sowie ein längerfristiges Kooperationsprojekt mit einer Mikrokreditbank in Tansania nach dem Vorbild der Grameenbank von Mohammed Yunus. Vielleicht ergibt sich eine weitere Zusammenarbeit zwischen dem Gymnasium und der Akademie: interessierte Fragen zum Thema Religion und Glaube führten zu diesem Vorschlag. Ein Schreiben an den Finanzminister Bayerns wird verfasst, mit der Bitte, ein Hotelprojekt für Obdachlose zu unterstützen. Das Antwortschreiben, in dem Möglichkeiten einer Realisierung aufgezeigt werden, ist schon da.

Zufrieden mit den Ergebnissen zeigten sich nicht nur Tagungsleitung und die veranstaltenden Gymnasiasten, auch die Resonanz der anderen Teilnehmer aus Schulen im schwäbischen Augsburg, im oberpfälzischen Nabburg, im oberbayerischen Starnberg und in München war überaus positiv. Die Veranstaltung wird von der nachfolgenden 11. Jahrgangsstufe des Gymnasiums weitergeführt, wieder unter dem Motto: „Nachhaltigkeit – Unsere Zukunft selbst gestalten!“



Bei der Präsentation ihrer Arbeitsergebnisse in der Tutzinger Rotunde waren sich die Schüler einig: „Wir können die Welt nicht mit dieser Veranstaltung ändern. Das wissen wir. Das ist utopisch. Aber was zählt, ist der Wille, es wenigstens zu probieren!“

Dabei wird zum Termin der 6. Schülerakademie im Oktober 2011 eine europäische Erweiterung möglich sein, wenn im Rahmen des internationalen Comenius-Austauschprojekts des Gymnasiums belgische, französische, italienische und norwegische Schüler und Schülerinnen in Tutzing sein werden.

Nachfolgend beschreiben die Mitglieder der einzelnen Themengruppen der Schülerakademie selbst ihre Ergebnisse.

I. Opium fürs Volk? Identität und Religion

Innerhalb unserer Arbeitsgruppe stellte sich schnell heraus, dass die Mitglieder sehr diskussionsfreudig und offen im Gespräch waren. Die Diskussionen und Fragen waren provokant. Im Gespräch mit dem Referenten, Bruder Dr. **Michael Hainz**, (Mitglied des Jesuitenordens) ergaben sich herausfordernde Fragen, die durch die jeweils eigenen Meinungen innerhalb der Schülergruppe erweitert wurden.

Sowohl die vorher von den Veranstaltern geplanten Themen wurden durch assoziierende Einfälle und Ansichten erweitert, als auch der Vortrag von Bruder **Hainz** wurde aufmerksam verfolgt und anschließend kritisch hinterfragt und weitergeführt. Gemeinsam wurden Themen diskutiert, zum Beispiel, warum die Kirche die Jugend von heute nicht mehr so anspricht, oder wie sich die Kirche als Institution in der Zukunft entwickeln wird. Hierbei ist die Gruppe zu dem Schluss gekommen, dass die heutige Jugend sich immer mehr für wissenschaftliche Aufklärung interessiert und diese für sie leichter zu begreifen ist, als an einen Gott zu glauben, von dem keiner weiß, ob es ihn wirklich gibt.

Weitere Diskussionsthemen waren unter anderem, die im Mittelalter angewandten brutalen Praktiken der Hexenverbrennung, die von der Gesellschaft als gerechtfertigt angesehen wurden, oder eine aktuelle Frage der Neuzeit, ob persönliche Daten von Verstorbenen im globalen Netz weiterhin eingesehen werden sollten.

Letztendlich waren sich alle Mitglieder unserer Themengruppe darin einig, dass der Stand der Kirche in der Ge-

sellschaft immer schwächer wird, die Kirche jedoch auch heute eine wohltätige, wichtige Organisation ist, wenn sie jedem Hilfe und Schutz gewährt.

II. Die Realität der lila Kühe. Tier- und Artenschutz

Das Konzept der Nachhaltigkeit beschreibt die Nutzung eines regenerierbaren Systems in einer Weise, dass dieses System in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt und sein Bestand auf natürliche Weise regeneriert werden kann. Für die Menschen bedeutet eine nachhaltige Lebensweise, dass sie leben, ohne auf der Erde größere Spuren zu hinterlassen. Der Begriff der Nachhaltigkeit lässt sich in drei Bereiche einteilen: die ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit.

Der Tierschutz gehört zu dem ökologischen Bereich der Nachhaltigkeit. Seine Hauptaufgabe ist es, den nächsten Generationen eine Artenvielfalt zu sichern, um die bestehenden Ökosysteme zu erhalten. Aber es ist in Bezug auf Nachhaltigkeit wichtig, Alternativen zu Tierversuchen und der Pelzindustrie zu entwickeln, um die Tiere vor Quälereien zu schützen. Ein letzter Aspekt, mit dem sich die Gruppe ‚Tierschutz‘ beschäftigte, war die Massentierhaltung.

In vier Einheiten wurde zunächst die grausame Wahrheit durch Fakten vorgestellt, unter anderem durch die Referenten **Nicole Bruehl, Isabell Boergen, Lena Tischler** und **Volker Oppermann** (Greenpeace). Darauf folgten die Vorstellungen von Lösungsansätzen und Alternativen sowie ein Hinweis auf bewusstes und nachhaltiges Handeln in Bezug auf Tiere und deren Rechte. Im Folgenden werden die Abläufe und Ergebnisse von zwei Bereichen geschildert.

1. Zu Beginn unserer ersten Arbeitseinheit, die unter dem Motto „Tierversuche und deren Alternativen“ stattfand, begrüßten wir unsere Referentin **Nicole Bruehl**, Präsidentin des deutschen Tierschutzbundes Bayern.

Um einen ersten Einblick in dieses Themengebiet zu bekommen, zeigte sie uns einen Film, der vom deutschen

Tierschutzbund unter ihrer Regie produziert wurde und mittlerweile auch als dessen offizieller Werbefilm genutzt wird. Es ging dabei nicht nur darum, auf die zum Großteil grausamen Methoden der Industrie aufmerksam zu machen, sondern besonders auch darum, Menschen einen bewussteren Umgang mit Tieren aufzuzeigen.

Anschließend setzten wir uns mit unseren Zuhörern und Frau *Bruehl* in einer Diskussionsrunde zusammen und klärten die während des Films aufgetauchten Fragen. Frau *Bruehl* beantwortete alles sehr ausführlich und gut nachvollziehbar. Sie erzählte auch viel von sich, was uns sehr gut gefallen hat. Ihre persönlichen Erfahrungen waren interessant, besonders deshalb, weil Frau *Bruehl* sich schon seit ihrer Kindheit für den Tierschutz engagiert und dadurch über die meisten Tierschutzorganisationen ziemlich gut Bescheid wusste. Zum Schluss verteilte *Nicole Bruehl* einige Flyer des deutschen Tierschutzbundes, ebenso Plakate, und zwei unserer Mitschülerinnen bekamen sogar einen Schlüsselanhänger für ein besonders reges Mitarbeiten während der Einheit.

2. Der zweite Themenblock unserer Gruppe beschäftigte sich mit dem großen Problem der Pelzindustrie. Um dieses weite Thema realitätsnah zu erleben, hatten wir eine engagierte Schülerin des Gymnasium Tutzings eingeladen, *Lena Tischler*, in Begleitung einer Freundin. Nachdem *Vivien* unsere Gäste vorgestellt hatte, begannen sie in Form eines Dialogs das Thema dem Publikum näher zu bringen. *Lena* beantwortete Fragen zu ihrer Person, außerdem warfen beide Probleme der Pelzindustrie auf, wie zum Beispiel die unmenschliche Haltung von Tieren und die grausamen wirtschaftsorientierten Methoden zur Massenherstellung von Pelz. Ihre Freundin, *Theresa Tratzmüller*, stellte *Lena* Fragen über ihre persönliche Meinung, Erfahrungen und den idealen artgerechten Lebensstil. Als Veganerin und leidenschaftliche Tierschützerin dient sie als positives Exempel, wie man sich auch als Jugendlicher für Tierschutz einsetzen kann. Sie erzählte über die Arbeit in Tierschutzorganisation und ihre Erlebnisse auf Demos, auf denen sie mitwirkte. Desweiteren entfachten die beiden Mädchen eine Diskussion über die Lebensform

der Vegetarier/Veganer und in wie weit diese Ernährung wünschenswert ist. Um ihre Einstellung zu demonstrieren, zeigte *Lena* einen brutalen Film über die Haltung von Tieren in der Pelzindustrie, der die Wahrheit der hübschen Pelzkrägen an so machen Winterjacken enthüllen sollte. Nachdem die restlichen offenstehenden Fragen geklärt wurden, teilte sich die Tierschutzgruppe in kleine Arbeitsgruppen, um aussagekräftige Plakate zu erstellen, mit Hilfe von Artikeln aus Geo-Zeitschriften (zum Beispiel über das Aussterben von Tigern, verursacht durch die Pelzindustrie). Es sollten die wichtigsten Informationen erfasst und mit Hilfsmitteln dargestellt werden (Sticker, Werbekampagnenfotos usw.). Nach einem Zeitlimit von ca. 20 Minuten durfte jede Gruppe ihre Ergebnisse präsentieren und in der gesamten Gruppe diskutieren.

Wir werden in der Schülerakademie 2011 sehen, ob unser Projekt, einen Kalender zu entwerfen, realisierbar war, woran wir natürlich fest glauben, denn wer sonst soll etwas bewegen, wenn nicht WIR!

III. Green Deal – ökologische Marktwirtschaft – eine Alternative?

In vier Arbeitseinheiten informierte die Gruppe „Wirtschaftssystem“ die Teilnehmer über die ökologische Marktwirtschaft.

Unter der Leitfrage, welche Schwächen die soziale Marktwirtschaft aufweist, wurden in der ersten Einheit von den Organisatoren fünf Impulsreferate gehalten, die sich mit einzelnen Unteraspekten beschäftigten. Neben der Beschreibung der Ausbeutung von Natur und Mensch, wurden die Rolle des Staates und die Tätigkeit von Unternehmen in Bezug auf Nachhaltigkeit sowie die Verpflichtung von jedem Einzelnen kritisch beleuchtet.

Die zweite Gesprächsrunde wurde von Herrn *Janecek*, dem Landesvorsitzenden der B'90/Grünen in Bayern, geleitet, in der er das Konzept des „Green New Deal“, den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft mit arbeits- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, erläuterte. Dabei wurden die ökonomischen, kulturellen und gesellschaftlichen Herausforderungen an diese neue Gesellschaft aufgezeigt. Er stellte dar, mit welchen Erwartungen und Perspektiven man die Anforderungen des

„Green New Deal“ angehen sollte.

In der Nachmittagsrunde demonstrierten der Unternehmensberater *Ulrich Merkes*, Leiter der VINETA GmbH, und sein Kollege *Dirk Sander* ein klassisches Beratungsgespräch. Dabei erhielten die Zuschauer einen differenzierten Einblick in die Nachhaltigkeitsbestrebungen von Unternehmen. Zusätzlich wurde ein Gespür für die Schwierigkeit deutlich, die Unternehmen zum nachhaltigen Handeln oder zur Förderung von umweltorientierten Projekten zu bewegen.

In der Abschlussrunde stellten diese beiden Referenten zwei Entwicklungsprojekte vor, die zur Weiterarbeit anregen sollten und auf großes Interesse bei den anwesenden Schülern stießen. Eines davon ist die Gründung einer Mikrokredit-Bank für Jugendliche in Tansania. Dieses Projekt verfolgt die gleiche Idee, wie schon Mohammed Yunus mit seiner Grameen Bank in Bangladesch. Das afrikanische Projekt ist jedoch explizit auf Jugendliche zugeschnitten.

IV. Gerechte Gesellschaft – Utopie oder Wirklichkeit?

Heute hat jeder fünfte Deutsche einen Migrationshintergrund, jeder zehnte ist obdachlos und über zehn Prozent der Bevölkerung haben eine leichte bis schwere Behinderung. Und wie viele davon kennst du?

Gerechte Gesellschaft: Ein Land, in dem jeder die gleichen Chancen hat, Randgruppen integriert werden und der Staat für den sozialen Ausgleich sorgt. Wie weit sind wir von diesem Traum noch entfernt oder ist er in Deutschland schon Wirklichkeit geworden?

Darüber haben wir in unserer Gruppe diskutiert. Wir zeigten Projekte und Lebenswirklichkeiten, Probleme und Lösungsansätze, Betroffene und Helfende.

Höhepunkt der gemeinsamen Arbeit war der Besuch von Herrn *Johannes Denninger*, der uns über das Projekt der Straßenzeitung „Biss“ informierte. Älteren Obdachlosen, ohne Aussicht auf Beschäftigung, soll der Wiedereinstieg in ein normales Leben durch Arbeit ermöglicht werden. Ebenso versucht das neue Projekt „Hotel Biss“ jungen Menschen aus schwierigen Verhältnissen die Chance auf einen hochwertigen Ausbildungsplatz zu gewährleisten. Als Gruppe möchten

wir uns über die Schülerakademie hinaus dafür einsetzen, dass dem Projekt „Hotel Biss“ der Ankauf des gewünschten Gebäudes in München ermöglicht wird. Dafür wurde bereits ein Brief an den bayerischen Finanzminister *Georg Fahrenschon* mit Bitte um Zustimmung zum Verkauf verfasst, Unterschriften aller Akademieteilnehmer gesammelt und versandt.

Bei all unseren Unterthemen (Obdachlosigkeit, Behinderte, Migranten) kam es zu interessanten und weitreichenden Diskussionen, die vor allem unser persönliches Denken nachhaltig beeinflussten. Sowohl aktuelle Themen, wie die Integrationsdebatte um *Thilo Sarrazin*, als auch grundsätzliche Themen der gerechten Gesellschaft wurden dabei angeschnitten.

V. Die Würde des Menschen ist unANTASTBAR

In unseren Breitengraden sind Menschenrechte, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder eine würdevolle und respektvolle Behandlung, selbstverständlich. Trotzdem kommt es immer wieder zu Verstößen. Wir haben dieses Thema gewählt, da wir der Meinung sind, dass in unserer globalisierten Welt die Realisierung allgemeiner Menschenrechte zunehmend unverzichtbar ist.

Während der Tagung wollte *Pamela Waitz* zunächst ein Bewusstsein dafür schaffen, dass die verschiedenen Moralvorstellungen unterschiedlicher Kulturen nicht in einer Leitlinie zu vereinen sind, woraus die vielen Konflikte und Kriege in der Welt resultieren. Dabei erhielten wir tatkräftige Unterstützung von Dr. *Jan-Christoph Marschelke*, Dozent für interkulturelle Kommunikation an der Universität Würzburg. Zusammen mit ihm informierten wir unsere Gruppenmitglieder über die oben aufgeführten Menschenrechtsverletzungen. Es wurde schnell klar, dass es schwer ist, allgemeine Menschenrechte zu formulieren. Das verdeutlichte Herr *Marschelke* vor allem anhand eines Fallbeispiels, bei dem verschiedene Menschenrechte im Konflikt zueinander stehen. Darüber hinaus trugen wir in der Gruppe mehrere Menschenrechtsverletzungen zusammen, welche zusätzlich noch diskutiert wurden. Beispielsweise redeten wir neben den geplanten Themen über die Frauenbeschneidungen in Afrika, Zwangs-

heirat und den Einsatz von Kindersoldaten. In der zweiten Einheit hielt *Lisa Blindzellner* einen Vortrag über den Konflikt zwischen China und Tibet. In der anschließenden Gesprächsrunde wurden mögliche Lösungsansätze sowie die Rolle Europas besprochen und kritisch hinterfragt. Nach dem Mittagessen und der anschließenden Pause erläuterte *Lea Nagel* die Entwicklung der Todesstrafe in den USA, woraufhin über deren Legitimation sowie Vor- und Nachteile gesprochen wurde. Am Ende waren alle der Meinung, dass man keine Ausnahme machen kann, wenn man entweder die Pro- oder Contra-Seite vertritt. Das heißt, wer gegen die Hinrichtung eines Mörders ist, darf zum Beispiel auch die Erhängung Saddam Husseins nicht gutheißen. Im Anschluss kam ein für Europa besonders relevantes Thema auf den Tisch: Die Flüchtlingsströme aus Afrika. *Axinja Weyrauch* beschrieb den langen Weg, den die Betroffenen zurücklegen, welcher sie zudem viel Geld, Kraft und oftmals auch ihr Leben kostet. Dabei stand auch die Frage im Raum, warum diese Menschen überhaupt nach Europa wollen. Dass Afrika ein armer Kontinent ist, war allen bewusst. Aber dass wir Europäer beispielsweise aufgrund unseres heutigen Lebensstandards auch Schuld daran haben, musste erst einmal realisiert werden. Daraufhin entwickelte sich auch eine Diskussion über die Effektivität von Bio- und Fair-Trade-Produkten. Denn allen Menschen einen angemessenen Lebensstandard zu verschaffen, geschieht nicht nur durch derartige Maßnahmen, sondern durch eine Umstellung des gesamten Wirtschaftssystems. Dass dies die Angelegenheit nicht gerade einfacher macht, weiß auch *Benjamin*, 17, aus München: „Alle sagen immer, dass wir was verändern müssen, damit es den Menschen in Afrika besser geht. Wenn man aber die westliche Welt und deren Wirtschaft betrachtet, habe ich eher das Gefühl, dass das keiner so richtig will. Das finde ich sehr erschütternd.“

Wir hatten während der Tagung eine Menge Spaß, haben neue Bekanntschaften geknüpft und unglaublich viel geredet. Dabei haben wir unser Bewusstsein verändert und weiterentwickelt. Schließlich ist es bereits ein wichtiger Schritt, überhaupt zu erkennen, wo Probleme sind. Erst dann können sie rich-

tig beseitigt werden.

VI. Erneuerbare Energien – Der Kampf mit Windmühlen

Klimaerwärmung, weltweiter Streit um Ressourcen, die wohl schlimmste Ök Katastrophe der Menschheit im Golf von Mexiko. Der Druck zu handeln, ist größer denn je. Besonders ein Umstieg auf erneuerbare Energien scheint die Lösung zu sein. Diskussionspunkte waren z.B., ob der Klimawandel noch aufzuhalten ist, wo man, um das Klima zu schützen, ansetzen muss. Ebenso wurde die Sinnhaftigkeit von Großprojekten wie „Desertec“ erörtert. Wir kamen zu dem Ergebnis, dass es keine „Musterlösung“ für diese Probleme gibt, dass sofortiger Handlungsbedarf besteht und dass jeder etwas unternehmen kann und muss.

In einer weiteren Tagungseinheit brachte uns Herr Prof. Dr. *Dürr* seinen philosophischen Standpunkt näher. Seiner Meinung nach sind viele der „Lösungen“ für das Energieproblem, wie Atomenergie oder die Gewinnung von Energie durch Biomasse, nicht förderlich für das Ökosystem, da durch sie mehr Probleme entstehen als gelöst werden. Deshalb war seine Forderung, dass man sich auf die Gewinnung von Sonnenenergie und Energieeinsparungsmöglichkeiten konzentrieren sollte. Außerdem sollte man, bevor man irgendwelche Projekte durchführt, alle möglichen Konsequenzen bedenken. Es war sehr lehrreich für uns, mit ihm über sinnvolle Lösungsansätze zu diskutieren.

Die Vorsitzende des Vereins Ziel 21, Frau *Brigitte Baidnl*, stellte uns anschließend die Strategien vor, wie bis zum Jahr 2030 die Energiewende eines „energieneutralen“ Landkreises Fürstfeldbruck zu schaffen ist. Diese reale Möglichkeit einer Energiewende wurde sehr positiv aufgefasst. Abschließend beschäftigten wir uns zusammen mit Herrn *Stefan Feldhütter*, Mitarbeiter der Münchner Rück im Bereich Erneuerbare Energien, mit den Perspektiven und Risiken bei der Gewinnung erneuerbarer Energien und den Chancen innovativer Technologien.

WIR ARBEITEN AN VISIONEN FÜR EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT.

Die Schülerakademie 2010

Die Vermessung des Urbanen

Zwischen realen und virtuellen öffentlichen Räumen

Durch das Internet ist die Welt entscheidend kleiner geworden. Unzählige Menschen beobachteten die sogenannte „Twitterrevolution“ im Iran und verfolgten vom Smartphone aus das Drama rund um die Veröffentlichungen von Wikileaks. Auch die Stadt wird durch die neuen mobilen Kommunikationstechnologien grundlegend verändert und muss neu vermessen werden. Neue Geschäftsmodelle sind gefordert. Welche könnten das sein?



Das öffentliche Leben war früher der Gegenpol zum privaten Leben, und die Arbeit galt als Gegenpol des Wohnens. Heute, in Zeiten des Internets, verschwimmen die Grenzen zusehends. „Spätestens seitdem es Smartphones gibt, fährt für viele Menschen ihre Arbeit mit nach Hause. Nicht nur das eigene Daheim hybridisiert sich in seinen Grundrissen, auch die Vorstellungen von Privat und Öffentlich, von Erholung und Arbeit werden zwitterig“, schlussfolgerte der Journalist Hanno Rauterberg von der ZEIT.

Das „Internet in der Hosentasche“ wird zum Schlüssel zu einem neuen „öffentlichen Zwischenraum“, irgendwo zwischen realen und virtuellen öffentlichen Räumen. In diesem neuen „Raum“ finden sich in unseren Städten mittlerweile faszinierende Vergemeinschaftungen, etwa die Proteste zu Stuttgart 21, das Zwischennutzungsprojekt München852 oder die urbanen „Schwärme“ der Urbanauten. Wir mailen, twittern, bloggen und bewegen uns gleichzeitig durch die Stadt.

In Zusammenarbeit mit Anja Junghans und Benjamin David von den Urbanauten ging Studienleiterin Ulrike Haerendel der Frage nach, wie dieser „öffentliche Zwischenraum“ die urbane Gesellschaft und den öffentlichen Raum verändert? Aus dem Vortrag von Hanno Rauterberg, Kunst- und Architekturkritiker der ZEIT, nachfolgend ein Auszug:

Hanno Rauterberg:

Von der Steinzeit zur Echtzeit. Vom Wandel des öffentlichen Lebens

Es geht mir in diesem Vortrag nicht darum, eine allumfassende Entwicklungsgeschichte des öffentlichen Lebens abzuarbeiten. Wenn man nämlich etwas genauer hinsieht, zeigt sich rasch, dass die „Steinzeit“ noch gar nicht lange zurückliegt. In mancherlei Hinsicht leben wir sogar noch in dieser Steinzeit, in der das öffentliche Leben klar geregelt ist, in der vieles steinern unverrückbar, auf eine archaische Weise ewig zu sein scheint. Und doch bricht in dieses fest gefügte Dasein überdeutlich etwas Echtzeithaftes hinein. Echtzeit bedeutet: Es zählt nicht länger das Überkommene, es zählt vielmehr das Unmittelbare, das Augenblickliche. Das mag sich nebulös anhören, doch dieser Nebel lichtet sich, sobald man einen jener Orte in den Blick nimmt, an dem sich klassischerweise Öffentlichkeit ereignet.

Die Fußgängerzone

Die Geschichte der Fußgängerzone ist kaum älter als 50 Jahre und neigt sich doch, wenn nicht alles täuscht, bereits ihrem Ende zu. Sie gehört zu jener Steinzeit, die gerade dabei ist, sich aufzulösen. Geboren wurde die Fußgängerzone aus dem Geist der Ordnung. Sie war als ein Reservat des Öffentlichen gedacht, hier sollte der Bürger ungestört sein, unbehelligt vom Lärm des Autoverkehrs, vom Dreck der Fabriken, abgetrennt auch von den Wohnquartieren, die allein dem Privaten vorbehalten sein sollten. In der modernen, der verzerrten Stadt hatte alles seinen vorherbestimmten Ort, die Grenzen waren deutlich gezogen, das öffentliche Leben war der Gegenpol des privaten Lebens, so wie die Arbeit als Gegenpol des Wohnens galt.

Nun ist das Leitbild der sorgsam sortierten Stadt längst überholt, die gemischte Stadt seit einiger Zeit schon das postulierte neue Ziel. Und so ist auch die Fußgängerzone in Verruf geraten, sie gilt vielerorts nur mehr als öde Shoppingmeile, zugestellt mit Blumenkübeln aus Waschbeton und nach Geschäftsschluss menschenleer.

Der Shared Space

Unter Stadtplanern wird nicht zuletzt deshalb ein neues Modell diskutiert: der Shared Space. Man könnte diesen einen Echtzeit-Raum nennen, es ist ein Raum des Unmittelbaren und Unbegrenzten. Keine Bordsteine, keine Poller, keine Markierungen unterteilen ihn. Es ist ein entregelter Raum, höchst ungewöhnlich. Denn nicht weniger als 20 Millionen Verkehrsschilder finden sich auf deutschen Straßen und Plätzen, es gibt 39 unterschiedliche Gefahrenzeichen, 74 unterschiedliche Vorschriftszeichen, 93 unterschiedliche Richtzeichen, 26 unterschiedliche Sinnbilder und 133 Zusatzzeichen, insgesamt 365 unterschiedliche Verkehrsschilder. Es sind Schilder, die für Orientierung und Sicherheit sorgen sollen, die aber nicht unwesentlich auch das regeln und prägen, was wir öffentliches Leben nennen. Sie bestimmen nicht zuletzt unseren Umgang miteinander, unser Hinsehen, unser Vorfahrtsdenken. Umso bemerkenswerter ist: Der Shared Space, wie er nun von manchen Stadtplanern propagiert wird, kennt keine Schilder und keine Ampeln. Es gilt dort lediglich das Rechts-vor-Links-Gebot, alles andere muss sich weisen, in Echtzeit.

Die Konsequenzen sind erstaunlich: Eine Zone wird zu einem Raum. Im Shared Space kehrt die Lebendigkeit zurück, die Öffentlichkeit erst ausmacht. Nicht Sicherheit, sondern Unsicherheit befördert dieser Raum. Er fordert Anteilnahme, Aufmerksamkeit, er verlangt, dass ich den anderen sehe. Wenn Fußgänger, Skateboard-Fahrer, Radfahrer, Autofahrer, wenn die Raser, die Flaneure, die Kinder und die Alten sich

einen Raum teilen, dann kann das wohl nur gelingen, wenn sie sich gegenseitig im Blick haben. Im bisherigen, im steinzeitlichen System von Öffentlichkeit wird der Verkehr vor allem über Funktionszuschreibungen geregelt, es geht darum, wer den Verkehrsregeln gehorcht. Das regellose, ungehorsame Echtzeitsystem ist hingegen auf Blickkontakt angewiesen, es ist situationsgebunden, es führt jedem Ich vor, dass es nichts ist ohne das Wir. Ohne Vertrauen, ohne Gesten des Einvernehmens, ist kein Vorankommen. Hier zeigt sich: Der öffentliche Raum kann eine zivilisierende Wirkung haben.

Post-Privacy – Der Verlust der Privatheit

Ein fundamentaler Bewusstseinswandel zeichnet sich ab: Planer planen das Ungeplante, einen Raum, der nicht determiniert ist – wann hat es das je gegeben? Der Wandel des öffentlichen Lebens wird greifbar, so offenkundig, dass er sich in solch konkreter Form und Planungsmethodik niederschlägt. Niemand bestreitet wohl, dass es diesen Wandel gibt. Weil aber der Begriff „Öffentlichkeit“ in der Regel nur schwach konturiert ist, bleibt in den Diskussionen meist unklar, was genau sich eigentlich verändert. Einerseits lässt sich mit einigem Recht vom „Verfall und Ende des öffentlichen Lebens“ sprechen, so wie es der Soziologe Richard Sennett schon vor über 30 Jahren tat. Die Symptome dieses Verfalls sind bekannt: Gerade in Deutschland bemächtigen sich Shoppingmall-Konzerne wie die ECE der vormals öffentlichen Räume und verwandeln sie in reine Konsumzonen mit Hausrecht. Nicht selten handeln auch Stadtverwaltungen wie zum Beispiel die in Hamburg nach diesem Muster, indem sie einzelne Straßen und Plätze als semiprivat Business-Distrikte betreiben lassen und öffentliche Gebäude, sogar Schulen, meistbietend verkaufen. Ebenso kann man die wachsende Zahl der Überwachungskameras oder das wachsende Interesse an sogenannten Gated Communities mit einiger Skepsis betrachten. Vieles deutet darauf hin, dass der öffentliche Raum stärker kontrolliert, abgeschirmt und nicht selten von privaten Interessen dominiert wird.

Ähnliches gilt für das Internet. Auch das Internet lässt sich als öffentlicher Raum beschreiben und auch hier dominieren nicht selten die Privatinteressen einiger weniger, auch hier gibt es deutliche Tendenzen, das öffentliche Geschehen im Netz auszuspähen und zu kontrollieren. Aus dem Bürger wird im Internet, so eine verbreitete Befürchtung, ein Datenträger, da all seine Meinungen, Vorlieben, Verhaltensweisen, Aufenthaltsorte abgespeichert und abgeglichen würden. Stichwort: Datenkraken. Stichwort: Vorratsdatenspeicherung. Zumindest mit der informationellen Selbstbestimmtheit scheint es nicht mehr weit her zu sein. Seit einiger Zeit macht daher der Begriff der Post-Privacy (Christian Heller) die Runde. „Sie haben null



Die frühere Münchner Stadtbaurätin Christiane Thalgot erklärte, dass der öffentliche Raum als Treffpunkt an Bedeutung gewonnen habe: „Je mehr der Konkurrenz- und Mobilitätsdruck wächst, desto dringender benötigen Menschen Gelegenheiten für soziale Begegnungen.“

Privatsphäre, finden Sie sich damit ab“, sagt zum Beispiel Scott McNealy, der ehemalige Vorstandsvorsitzende von Sun Microsystems. Und wie allgemein bekannt, stimmt ihm der langjährige Google-Chef Eric Schmidt gerne zu: „Wenn es etwas gibt, von dem Sie nicht wollen, dass es irgendjemand erfährt, sollten Sie es vielleicht ohnehin nicht tun.“ Und der laut Time Magazine „Mann des Jahres 2010“, Facebook-Erfinder Marc Zuckerberg, hält das selbstverständlich für eine erfreuliche Perspektive: „Zwei oder mehr Identitäten zu haben beweist einen Mangel an Integrität.“ Für ihn ist das Private öffentlich, das Öffentliche privat und damit im Grunde alles eins. Man könnte auch sagen: Weder das eine, noch das andere ist länger existent.

Und doch scheint mir das Ende des öffentlichen Lebens keineswegs ausgemacht, denn wir haben es mit einer widersprüchlichen, vielleicht auch einer dialektischen Entwicklung zu tun. So war bei allen Privatisierungstendenzen der Drang nach Draußen, ins

Öffentliche, wohl noch nie so groß wie heute. Und keineswegs ist Shopping die letzte verbliebene Funktion des öffentlichen Raums, wie der Architekt Rem Koolhaas einst meinte. Man denke nur an die mannigfaltigen Sportaktivitäten, an das Laufen, Rollern, Radfahren, an das Skaten, Segeln, Walken, an Beach-Volleyball mitten auf dem Rathausmarkt, an Geocaching mit unterdessen 165397 Geheimverstecken allein in Deutschland, an Parcouring und viele andere Freizeitaktivitäten, die aus dem öffentlichen Raum ein Pfadfinder- und Artistenabenteuer machen und ihm auf diese Weise neue Reize abgewinnen.

Ein Leben auf geöffneter Bühne

Selbst in dem Bereich, den wir Privatsphäre nennen, lässt sich eine Bewegung hinein ins Offene beobachten. Ähnlich wie im Städtebau war auch im Wohnungsbau das vorherrschende Ideal über viele Jahrzehnte die klare Ordnung. Jedes Zimmer wurde einer definierten Aufgabe gewidmet, alles hatte seinen eindeutigen Ort. Die Küche zum Beispiel, die als das einsame Reich der Hausfrau konzipiert war, lag streng getrennt von den Sphären des Eigentlichen. Das Kochen galt eben nur als Mittel zum Zweck. Heute ist das zumeist anders, heute ist Kochen selbst ein Zweck und die Küche wird wieder als Raum und nicht nur als nackte, rein technisch definierte Funktionseinheit verstanden. Mittlerweile weitet sich die Küche oft ins so genannte Wohnzimmer, nicht selten verschmelzen die beiden miteinander. Wovon Le Corbusier und Ludwig Mies van der Rohe immer träumten, prägt heute viele Neubauten: Aus dem Wohnen als Kammerspiel wird ein Leben auf geöffneter Bühne. Grundrisse verlieren ihre harten Begrenzungen, die Häuser werden durchlässiger, überall sucht man Verbindungen, oft auch zwischen den Geschossen, und so weicht das einst normierte Wohndasein einer Polyfunktionalität. Und nicht nur die Innenbeziehungen des Wohnens werden entgrenzt und aufgewertet. Auch nach außen gibt man sich offener als zuvor, viele verzichten auf die gute alte Gardine, bei großen Fenstern möchte man möglichst viel Licht und demonstriert Offenheit. Mit anderen Worten: Der Trend

zum Einhausen ist mindestens so groß wie der Trend zum Enthausen, einer grassierenden Privatisierung steht eine wachsende Lust am Offenen und Öffentlichen entgegen. Ein Denken in Dichotomien – hier das Reich des Privaten, dort das Reich des Öffentlichen – scheint endgültig obsolet.

Besonders einschneidend scheint mir in dieser Hinsicht zu sein, dass auch Arbeit und Wohnen nicht länger als getrennte Sphären erfahren werden. Spätestens seitdem es Smartphones gibt, fährt für viele Menschen ihre Arbeit mit nach Hause. Nicht nur das eigene Daheim hybridisiert sich in seinen Grundrissen, auch die Vorstellungen von Privat und Öffentlich, von Erholung und Arbeit werden zwitterig.

Die permanente Verfügbarkeit

Lassen Sie mich daher im letzten Teil meiner kleinen Wandlungsgeschichte nach den Gründen und den Konsequenzen all dieser Entgrenzungphänomene fragen. Einen Hauptgrund würde ich in der allgemeinen Liberalisierung sehen: Die Öffnungszeiten ebenso wie die Kleidungsordnung oder das Fernsehprogramm, die Schönheits- oder die Geschlechtervorstellungen und ganz allgemein die Ideen von einem guten Leben haben sich verändert. Vieles ist freier und damit auch vielfältiger geworden. Verstärkt werden diese Entwicklungen durch einen zweiten Faktor: die Digitalisierung. Sie pluralisiert das ohnehin schon Plurale, sie weitet die Öffentlichkeit, erlaubt neue Formen des Austauschs, der Begegnung und natürlich auch der Abschottung. Vor allem weicht sie einen weiteren Gegensatz auf: die klare Grenze zwischen dem Virtuellen und dem Realen. Nicht zufällig ist „Wolke“ eine der beliebtesten Metaphern der Netzgesellschaft: die alten Vorstellungen von Zeit und Raum werden diffus, beweglich, amorph, wolkig eben. Mein Da-Sein wird zum Überall-Sein, und egal, wo ich bin, egal, was ich will – die Welt ist mein. Das ist eine der wichtigsten Verheißungen des digitalen Zeitalters: Verfügbarkeit. Ich kann vergriffene Bücher lesen, abgelegene Landstriche durchwandern, in fremden Sprachen sprechen, ohne dass ich meinen gemütlichen Stammplatz im Café nebenan verlassen müsste.

Nichts geht verloren, alles ist immer zur Hand, denn meine Hand hält ein Smartphone. Auch hier also Entgrenzung: Der konkrete Ort meines Aufenthalts verliert an Bedeutung, in gewisser Weise wird er austauschbar, denn ich trage ja ein Instrument der Überörtlichkeit mit mir. Es verbindet mich und verschafft mir so – paradoxerweise – Ungebundenheit.

Öffentlichkeit ist ein Prozess

Mit einer Vermessung des Urbanen ist es deshalb schwierig geworden, denn das geographische Moment verliert an Bedeutung. Vielmehr wird das Atmosphärische, das Gefühle betont, Raum wird als etwas begriffen, das erst in der Erfahrung des einzelnen überhaupt entsteht. Auch Öffentlichkeit ist ohne dieses Ich nicht zu denken. Doch ist dieses Ich eben immer zwitterig: Jedes Subjekt ist geprägt von Eigen- und Fremderfahrungen, in ihm wohnt der Privatmensch ebenso wie die öffentliche Person. Zumindest war das in der Steinzeit so: Mit dem Verlassen der Haustür veränderten sich die Verhaltensmuster, viele Dinge tat man einfach nicht im öffentlichen Raum, man aß nicht aus Papiertüten, trank nicht im Gehen einen Kaffee, man sprach nicht laut vor sich hin, ohne ein Gegenüber zu haben. Unverstellbar wäre es noch für meine Großeltern gewesen, vor aller Augen Geld aus einer Maschine zu ziehen, denn Geld war eine Sache der Diskretion und eine Auszahlung fast schon ein hoheitlicher Akt. Ähnlich wären sie nicht auf den Gedanken verfallen, sich in aller Öffentlichkeit massieren zu lassen, wie es sich etwa auf manchen Großflughäfen als neue Selbstverständlichkeit erweist. Gerade an solchen Beispielen zeigt sich, dass Öffentlichkeit keine Institution und auch kein Zustand ist, sondern stets als Prozess begriffen werden muss, maßgeblich geprägt von dem, was sich der Einzelne unter Öffentlichkeit vorstellt. Weil aber eben auch dieser Gegensatz schwindet, weil nicht wenige Menschen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Ich kaum mehr unterscheiden – eine Entwicklung die durch soziale Netzwerke forciert wird –, gerade deshalb scheint das öffentliche Leben manch einem gefährdet.

Öffentlichkeit heißt ja immer auch: an ein

Gemeinwesen zu glauben. Sprich: von den eigenen Partikularinteressen absehen zu können, ohne diese aufzugeben. Also nicht nur das Eigene, sondern auch „das Andere“ im Blick zu haben. Forciert aber durch das Internet scheint es starke Tribalisierungstendenzen zu geben. Die eine große Öffentlichkeit zerfällt in viele Stämme, in lauter Parallelgesellschaften sozusagen. Jeder findet im Internet, was ihn interessiert, er findet Gleichgesinnte; der Sinn fürs Große und Ganze scheint verloren zu gehen.

Der Realraum und die Asphaltwirklichkeit

Doch auch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Denn je stärker sich Teile des Lebens ins Reich des Digitalen verlagern, umso größer scheint das Bedürfnis nach Realräumen zu werden, nach jener „Kraft der Intersubjektivität“, von der Jürgen Habermas spricht. Jahrelang hieß es, das Fernsehen vereinzele die Menschen; nun stellen wir fest, dass auch das Gegenteil wahr ist, und viele dieser Menschen sich nur zu gerne vor Großleinwänden zum sogenannten public viewing versammeln. Und auch das Netz kennt widerstrebende Bewegungen: Es erschließt Wege in die Anonymität und Vereinzelung; zugleich befördert es das Kollektivdenken, jenes Phänomen, das auch den Shared Space prägt. Vielleicht ließe sich sogar behaupten, dass dieses Gemeinschaftsgefühl, das in Crowd-Sourcing-Projekten wie Wikipedia zum Ausdruck kommt, und erst recht jene Freiheit der Meinungsäußerung, jenes Moment der Selbstermächtigung, das aus dem Nutzer einen Produzenten macht, dass all diese Internetphänomene auch die Psychologie des Öffentlichen verändern und sich auch deshalb das Verhalten vieler Menschen in den realen Räumen der Öffentlichkeit wandelt. Ob Adbusting, Containern, Flash- und Smartmobs, Trailrunning, Guerillagardening, Radical Cheerleading, „hedonistische Wohnungsbesichtigungs-Rallies“ oder Outdoor-Clubbing – die Bereitschaft, sich auf mal mehr, mal weniger politische Art zu weithin ungewohnten Spielformen des Öffentlichen im Realraum zu verabreden, scheint deutlich zu wachsen. Der Realraum hält weiterhin einige wichtige, un-

verwechselbare Qualitäten bereit, die das Netz nicht zu bieten vermag. Ganz gleich, ob Stuttgart 21, der Streit um den Bau von Moscheen oder die Auseinandersetzungen um die Elbquerung in Dresden – der Widerstand wäre nichts ohne die Asphaltwirklichkeit. Erst dort tritt er medienmächtig in Erscheinung, erst dort wird für den je einzelnen auch realiter spürbar, dass er eben nicht allein ist.

Ein Grundprinzip dieses Raums war es bislang, dass sich in ihm die Menschen als Subjekte auf Augenhöhe begegnen können. Hingegen macht das privilegierte Auge von Google's Street View aus allen und allem ein Objekt. Schon lange wächst die Google-Skepsis. Doch erst im vorigen Sommer wurde aus dem Unmut eine Bewegung, erst als die Architektur, erst als der reale Raum ins Spiel kam, bekam das diffuse Empfinden eine sehr konkrete Form. Der Kontrollverlust wurde greifbar, die Ohnmacht bekam gewissermaßen eine Adresse. Eine durchaus vergleichbare Art von Ohnmachtsgefühl prägt auch den Konflikt um das Bahnprojekt Stuttgart 21. Die Bagger mussten erst rollen, um den großen Protest auszulösen. Die Wut war schon vorher da, vor allem auf jene Politiker, die kaum mehr handlungsfähig scheinen, weil sie sich von Sachzwängen beherrschen lassen und ihrer Vernunft weniger trauen als den Gutachtern. Doch erst als es an den Abriss ging, bekam die Wut ein handfestes Ziel. Was zuvor abstrakt erschien, ein wirres Knäuel aus Interessen, Optionen und Eitelkeiten, hatte nun eine klare, rustikale Gestalt. Der Konflikt ist Architektur geworden, und die Architektur Konflikt.

Die Beispiele zeigen, dass bei allem Wandel und bei allen Gefährdungen, die dieser Wandel mit sich bringt, wohl niemand behaupten dürfte, das öffentliche Leben lasse die nötige Lebendigkeit vermissen. Es mangelt nicht an Auseinandersetzungen, an Turbulenzen, tiefgründigen Konflikten. Und gerade in den erregten Debatten um Street View oder auch Facebook zeigt sich ja, dass es bei allen Grenzverwischungen doch weiterhin ein ausgeprägtes Bewusstsein von dem gibt, was die Grundlage jeder liberalen Öffentlichkeit ausmacht, nämlich das Recht auf Selbstbestimmtheit. ■

Tutzinger Medien-Dialog

Zukunft der Zeitung. Zeitung der Zukunft

Über 400 Jahre ist sie alt: die gedruckte Zeitung. Doch wie ihre Zukunft im Internetzeitalter aussieht, können auch Experten nur erahnen. Mit Gratiszeitungen und kostenlosen Inhalten im Internet untergräbt die Presse zunehmend ihr bislang gut funktionierendes Geschäftsmodell. In Amerika sind mehrere Tageszeitungen bereits insolvent geworden. Neue Geschäftsmodelle sind gefordert. Welche könnten das sein?



Sie berichteten über die beklagenswerte Situation der Zeitungen in Mecklenburg-Vorpommern: (v.l.) Robert Haberger, Marcel Falk und Kai Voigtländer.

Wird es in der Zukunft überhaupt noch gedruckte Zeitungen geben? Oder wird die Informationsdistribution auf neuen Kanälen verlaufen, über iPads und smartphones?

Für die Zeitungen wird es schwierig: Sinkende Auflagen, schwindende Abonnentenzahlen und zurückgehende Werbeeinnahmen haben eine gefährliche Abwärts Spirale in Gang gesetzt. Die deutsche Zeitungslandschaft wird einförmiger: Mantelredaktionen werden zusammengelegt, Lokalredaktionen geschlossen, Journalisten entlassen.

Studienleiter Axel Schwanebeck und Michael Schröder, Dozent für Medien und Kommunikationspolitik an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, erörterten auf dem Tutzinger Medien-Dialog, der Nachfolgeveranstaltung der traditionsreichen Tutzinger Medientage, mit Wissenschaftlern und Journalisten Visionen für eine Medienlandschaft der Zukunft, die nicht durch einige wenige globale Medienkonzerne beherrscht wird, und die Raum bietet für professionellen Qualitätsjournalismus. Michael Schröder fasste die Ergebnisse zusammen:

Michael Schröder

Zukunft der Zeitung – Zeitung der Zukunft. Wandel der Öffentlichkeit durch das Internet

Die Krise der gedruckten Tageszeitungen ist unbestritten. Das sieht auch *Christoph Neuberger*, Kommunikationswissenschaftler an der Universität Münster so. Sinkende Auflagen und schwächere Reichweiten – besonders bei der jüngeren Generation – ließen die Gewinne der Verleger in den letzten Jahren deutlich schrumpfen. Ursachen sieht *Neuberger* in gesellschaftlichen Veränderungen: Die Menschen haben immer speziellere Interessen, sind mobiler. Aber auch Qualitätsmängel beim Journalismus und ein Glaubwürdigkeitsverlust der Tagespresse sind Gründe. Und schließlich die rasante Abwanderung der Leser ins Internet seit 2005. Inzwischen sind der Verkauf und die Anzeigen je zur Hälfte an den Einnahmen beteiligt. Früher war das Verhältnis ein Drittel zu zwei Drittel.



Birgit van Eimeren, beim Bayerischen Rundfunk zuständig für die Medienforschung, beteuerte: „Die Leitmedien Zeitung, Radio, Fernsehen bleiben dieselben – und das Internet kommt dazu.“



Der Münsteraner Professor *Christoph Neuberger* erkennt bei den Tageszeitungen kein wirkliches Geschäftsmodell für das Internet.



Horst Röper, Medienfachmann am FORMAT-Institut in Dortmund, zeigte sich davon überzeugt, dass die ökonomische Konzentration auf dem Zeitungsmarkt große Folgen für den Journalismus hat: „Die Pressekonzentration wirkt sich vor allem im Lokalteil aus.“

Dilemma der Verleger

Neuberger warf den Verlegern Risikoscheu und fehlende Innovationskraft vor: „Das Geschäftsmodell für das Internet fehlt.“ Dazu komme die fehlende Bereitschaft beim Publikum, für journalistische Leistung im Internet einen Preis zu bezahlen. Das Dilemma der Verleger: Das Printmedium verliert Leser und Anzeigen, und online wird nicht genug Geld verdient.

Neuberger sieht einen fundamentalen Wandel der Öffentlichkeit durch das Internet: Journalisten verlieren ihre Schleusenwärtfunktion im Nachrichtenstrom. „Das Internet erweitert den Zugang zur Öffentlichkeit.“ Man braucht keine teuren Druckmaschinen mehr, um seine Informationen und Meinungen global zu verbreiten. Aber: „Journalisten werden weiterhin gebraucht. Sie müssen die Überfülle an Informationen sortieren, einordnen und gewichten. Sie müssen die Informationsflut vom Müll befreien“, sagte *Neuberger*. Ihre Aufgabe wird es zukünftig mehr und mehr sein, Ordnung und Überblick herzustellen und die öffentlichen Diskurse zu moderieren. Aber auch ihre alte Aufgabe, Inhalte zu produzieren, bleibt wichtig. Denn: „Auch im Internet halten die alten Medien den Diskurs zusammen.“ Der Münsteraner Kommunikationswissenschaftler sieht denn auch im Internet eher eine Ergänzung als eine Ersetzung der alten durch die neueren Medien.

242 Minuten Fernsehen täglich

Aktuelle Daten aus der Forschung lieferte die Medienforscherin des Bayerischen Rundfunks, *Birgit van Eimeren*. Sie zeigen, dass Zeitung, Fernsehen und mit Abstrichen auch das Radio weiterhin die Leitmedien bleiben werden. Denn auch bei den Teenagern haben Zeitungen ein gutes Image. Anspruchsvoll, objektiv, glaubwürdig, sachlich, kompetent, kritisch – das sind die Attribute, die mit den Printmedien verbunden werden. Unter den 30 meistbesuchten Internetseiten Deutschlands befinden sich die Ableger von BILD, Spiegel, CHIP, kicker, SZ, FOCUS und Computer BILD. „Die Markentreue bindet die Nutzer auch online“, stellt *van Eimeren* fest. Übrigens haben

diese Online-Ableger deutlich weniger Leser als die jeweiligen Print-Erzeugnisse.

Dass die Blogs die Zeitungen verdrängen können, glaubt die Medienforscherin auch nicht: Denn nur fünf Prozent aller Deutschen haben jemals einen Blog genutzt. Und wenn dort tatsächlich wichtige Themen entstehen, werden sie früher oder später auch im Print aufgegriffen.

Die Medien insgesamt werden immer länger genutzt: Bereits zehn Stunden pro Tag sind es heute. Das Fernsehen hatte mit 242 Minuten täglich bislang den historisch höchsten Wert. Gleichzeitig gehen aber die Reichweiten der am häufigsten gesehenen Sendungen zurück. Die neue Mediennutzung ist nach *van Eimeren* „souveräner, selektiver und portionierter“.

Vielfalt schwindet

Horst Röper vom Medienforschungsinstitut FORMAT in Dortmund ist davon überzeugt, dass die ökonomische Konzentration auf dem Zeitungsmarkt große Folgen für den Journalismus hat. Im deutschen Zeitungsmarkt tue sich äußerlich seit Jahrzehnten fast nichts. Die jüngsten Gründungen sind die Financial Times Deutschland (2000) und die taz (1978). Seitdem bestimmen Sparprogramme und Fusionen das Bild. Der Lokaljournalismus leidet. Viele Leser erhalten ihre Informationen häufig nur noch aus einer Quelle. Wo es mehr als eine Lokalzeitung gibt, erscheinen sie oft im gleichen Verlag – wie in Aachen, Bremen oder unter dem Dach der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. „So verlieren die Zeitungen ihren Status als lokale Leitmedien“, meint *Horst Röper*, „und niemand kann diese Lücke füllen. Vielleicht noch das Internet, doch Online-Journalisten wirtschaften auf einer äußerst fragilen Basis.“ Der Medienforscher nimmt die Politik in die Pflicht („Das Kartellrecht allein reicht nicht“) und fordert „Eingriffe in den Markt zur Wiederbelebung der Vielfalt“. Ausdrücklich wendet er sich gegen das „Gießkannenprinzip“. Nur in berechtigten Fällen sollen neutrale Gremien kränkelnde Verlage subventionieren.

Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern zeigt, was passiert,

TUTZINGER MEDIEN-DIALOG

wenn die Konzentration am Zeitungsmarkt auf die Spitze getrieben wird: Drei Monopolzeitungen teilen sich das Land, das ein Drittel der Fläche Bayerns hat und das am dünnsten besiedelte Land der Bundesrepublik ist. Lokalredaktionen werden ausgedünnt, die Politik- und Wirtschaftsteile bei den westdeutschen Mutterverlagen produziert.

Journalismus nichts mehr wert

Kann man unter diesen Bedingungen noch guten Lokaljournalismus machen? *Kai Voigtländer* vom Journalistenverband gab eine niederschmetternde Antwort: „Mein Beruf ist nichts mehr wert“ – das bekomme er von Kollegen jeden Tag zu hören. In Mecklenburg-Vorpommern ginge es schon längst nicht mehr um Qualität im Journalismus, sondern darum, überhaupt noch eine Zeitung zu produzieren. Journalisten sind hier am Tag schon einmal 200 Kilometer unterwegs, Freischaffende erhalten einen durchschnittlichen Stundenlohn von 4,90 Euro. „Wir sind Content-Sklaven“, sagte *Voigtländer*, der auch Journalisten ausbildet.

Online-Redakteur *Robert Haberer* engagiert sich als Betriebsratsvorsitzender bei der „Ostseezeitung“ in Rostock. Er fordert den Ausbau der inneren Pressefreiheit, um so den Verlust der äußeren zu kompensieren: „Eine größere Vielfalt bleibt bei uns Illusion“, sagt der Gewerkschafter *Haberer*. Er beobachtet stattdessen, dass von rechtsextremen Parteien finanzierte Blätter in das Vakuum vorstoßen, das die Zeitungen hinterlassen: „Die Medienoffensive der NPD ist ungebrochen und die Braunen stecken da viel Geld hinein, das sie als Abgeordnete im Landtag verdienen.“

Rechtsradikale Parolen in der Zeitung gibt es bei ihm noch nicht, berichtete *Marcel Falk*, Bürgermeister des kleinen Dorfes Stolpe im Peenetal. Dafür gebe es noch eine „Kultur des Zeitungslasens“ – auch wenn die sich oft nur auf das Amtsblatt beschränke. Die Lokalberichterstattung in der Zeitung sei auch nicht so, wie man sich das vorstelle. Der ehrenamtliche Kommunalpolitiker sagt: „Den unterbesetzten Redaktionen bleibt keine Zeit für Recherche; es werden Freischaffende oder Praktikanten eingesetzt, die keine Ortskenntnis haben. Wenn dann ein Bericht er-

scheint, ist er oft sachlich falsch – und die Bevölkerung nimmt ihn trotzdem für bare Münze.“ Die Folge seien nicht nur fehlender Meinungs-austausch oder Verstimmungen, sondern auch klamme Kassen. Denn für eine kleine Gemeinde heißt es: „Gute Pressearbeit gleich schneller Förderbescheid.“

Heimatbewusstsein

In Niederbayern hingegen wird mit gedruckten Zeitungen noch gutes Geld verdient. Der Straubinger Verleger *Martin Balle*, der gerade ein modernes Druckzentrum eingeweiht hat und offensichtlich an die Zukunft der Printmedien glaubt, erlaubt sich deswegen auch einen kulturkritisch-bildungsbürgerlichen Blick auf die neuen elektronischen Medien: „Journalismus ist kein beliebiger Content.“ Lesen auf Papier ist für ihn eine „therapeutische Insel“ und er gibt damit den „FAZ-Schirmmacher“ auf niederbayerisch. Er kritisiert wie sein großes Vorbild aus Frankfurt das „zeitlose Dahinsurfen“ und die „24-Stunden-Info-kultur“ und fordert eine „Entschleunigung“ der Medienkultur. Und als Verleger einer Heimatzeitung braucht er das „gemeinsame Bewusstsein von Heimat“: Virtuelle Räume können das nicht ersetzen“, sagte *Balle*.

Sein Gegenpart *Wolfgang Stöckel* vom Bayerischen Journalistenverband (BJV) hielt dagegen. Für ihn steht fest: „Tageszeitungen schlampfen mit Qualität.“ Aber ohne Qualität gebe es keine Zukunft der Tageszeitungen, gerade im Regionalen. Er sieht „Angst und Druck“ in den Redaktionen. Leiharbeit und Dumpinglöhne setzten sich immer mehr durch. Zukunft aber sei nur durch Qualität zu sichern. Für ihn gibt es keine Alternative zwischen den alten „Holzmedien“ und den neuen iPads: „Holzmedien und iPads sind heute und morgen. Die Entwicklung läuft parallel. Wir müssen beides verbinden“, sagte der BJV-Vorsitzende.

Journalismus in der Todesspirale

Schlechte Nachrichten aus den USA überbrachte *Stephan Russ-Mohl* von der Universität Lugano. Er sieht dort den Qualitätsjournalismus generell gefährdet, weil er vor allem in den Tageszeitungen beheimatet war. Und die haben erhebliche Probleme: 20 Prozent

Auflagenrückgang in einem Jahr, 43 Prozent minus beim Anzeigengeschäft in den Jahren 2007 bis 2009. Dazu eine rigide Sparpolitik der Verleger mit Personalabbau. Seit 2007 sind 15.000 – das sind 27 Prozent – der journalistischen Arbeitsplätze verloren gegangen. Dazu kommt ein Verlust an Glaubwürdigkeit. *Russ-Mohl* sieht den Journalismus im „Bermuda-Dreieck zwischen PR, Werbung und Publika“ verschwinden und beobachtet die „Printmedien in der Todesspirale“. Inzwischen gebe es in der PR-Branche doppelt so viele Arbeitskräfte wie im Journalismus. Immer mehr Recherchekapazitäten gingen verloren, De-professionalisierung sei die Folge.

Radikale Veränderung

Optimistische Ausblicke in die Zukunft des Journalismus gab es dagegen von *Richard Gutjahr*, als Journalist in den alten und neuesten Medien von der Tageszeitung bis zum weblog zuhause. Er ist der festen Überzeugung: „Bezahlte Inhalte im Internet werden sich durchsetzen und die Verleger werden in zehn Jahren mehr Geld verdienen als je zuvor.“ Aber dafür müsse sich das Selbstverständnis der Medien radikal verändern.

Der Bedarf an aktueller Information werde auch zukünftig hoch sein und zur Verarbeitung und Einordnung werde Journalismus weiter gebraucht. Aber ein neuer, veränderter, der sich nicht an die alten Gegebenheiten klammert. Trimediales Arbeiten werde den journalistischen Alltag beherrschen. Die gedruckte Zeitung wird es nach *Gutjahrs* Ansicht noch eine Zeit lang parallel zur online-Ausgabe geben: Man müsse das Alte erhalten und mit dem Neuen verbinden – also zweigleisig in die Zukunft fahren. Er hält es da mit Arthur Sulzberger jr., dem Herausgeber der New York Times: „Wir sind keine Zeitungsfirma – wir sind eine Nachrichtenfirma.“

Demnächst wird Rupert Murdoch eine Tageszeitung herausbringen, die weltweit nur online erscheint – zum sensationellen Preis von 99 Cent pro Woche. Die Qualität müsse darunter nicht leiden, meint *Gutjahr*. Denn schließlich sparen die Verleger zukünftig eine Menge Geld, wenn sie kein Papier, Druckmaschinen und teure Vertriebswege mehr brauchen. ■

In eigener Sache

Wenn der letzte Zivildienstleistende die Akademie verlässt – Abschied von Markus Gyulai

Was wäre die Akademie ohne ihre Zivildienstleistenden? Die Antwort fällt leicht: Ohne Zivis ginge gar nichts! Warum? Der Zivi ist ein Allrounder, ein Multitalent, um nicht zu sagen ein Universalgenie, ausgestattet mit den unterschiedlichsten Fähigkeiten und versehen mit umfänglichen Kompetenzen. Als echter Macher zeichnet er ganz souverän verantwortlich für den täglichen Postversand. Und als Technikfreak ist er mit zuständig für die komplizierte Tagungstechnik. Als Organisator ist er der Hauswirtschaft behilflich, wenn es darum geht, Wäschekörbe in das Schloss zu tragen, an der Theke auszuhelfen oder einfach nur Getränkebestände zu erneuern. Doch darüber hinaus ist der Alleskönner auch begehrt beim Schneeschippen, Laubkehren oder bei der Bestuhlung des Musiksaales mit 250 Stühlen. Nein, ohne Zivi sieht die Sache schlecht aus. Man denke nur an die unzähligen Kopierarbeiten von Manuskripten, Schriftsätzen, Protokollen und so fort. Und man führe sich noch einmal das immerwährende Abholen der Tagungsprogramme von der Druckerei vor Augen oder das Plakatieren diverser Schaukästen rund um den Starnberger See. Die Akademie ohne Zivi? – Das wird arg.

Doch die Bundesregierung will es so. Sie hat im Dezember 2010 eine Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 beschlossen. Im Januar 2011 wurden die letzten Wehrpflichtigen zum Wehrdienst eingezogen. Wenn nun die Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 ausgesetzt wird, gilt ebenso ein Wegfall des Zivildienstes, mit einigen Folgen auch für die Akademiearbeit, versteht sich.

Markus Gyulai, der im Juli 1989 in Starnberg geboren wurde und in Würzburg sein Abitur ablegte, leistete in der Zeit vom 1. September 2010 bis zum 28. Februar 2011 seinen Zivildienst bei uns ab. Mit ihm verlässt nun der letzte Zivildienstleistende die Akademie. Nachfolger wird es jetzt in dieser Branche nicht mehr geben. Das weiß auch Markus Gyulai. Wer immer aber in der Zukunft seinen Job machen wird, und einer wird es tun müssen, dem will er den Leitspruch aller



Im Kreise der Mitarbeitenden der Akademie wurde Markus Gyulai (Mitte) feierlich aus seinem Amt als Zivildienstleistender verabschiedet. Er, der gerne Profifußballer geworden wäre, will sich nun an der Münchner Universität dem Studium „Medien- und Kommunikationsmanagement“ widmen.

Akademie-Zivis, der im Zivibüro an der Wand prangt, mit auf den Weg geben: „presto bene non vanno insieme“. Das heißt auf gut Deutsch: „Schnell und gut passen nicht zusammen!“ Alle Zivis waren überaus fleißig, arbeitsam, belastbar. Nur eines schätzten sie überhaupt nicht: gestresst zu werden. Mit Ruhe, Augenmaß und Sorgfalt mussten die Dinge erledigt werden, nicht jedoch mit Hektik und Eile. Wie weise.

Am 10. Februar 2011 nahte unwiederbringlich die Stunde des Abschieds. Markus Gyulai, der letzte Zivildienstleistende der Akademie, verließ die Denkwerkstatt am Starnberger See. Aber wer weiß, vielleicht schaut er ja aus alter Verbundenheit in Tutzing wieder einmal vorbei. Wir würden uns freuen.

Axel Schwanebeck



Freundeskreis
Evangelische Akademie Tutzing

Zum Jahresauftakt luden die Freundeskreise Starnberg und Augsburg zu zwei derzeit im Fokus stehenden Themen ein. Über „Weltethos – Plädoyer für globale Spielregeln“ sprach in Starnberg Dr. Stephan Schlenso, Generalsekretär der Stiftung Weltethos (www.weltethos.org), dessen Referat wir in Auszügen wiedergeben. Prof. Dr. Stöhr, anerkannter Neurologe aus Augsburg, setzte sich in seinem Vortrag mit der modernen Hirnforschung auseinander. Einige interessante Gedanken des neuen Freundeskreisleiters in Starnberg, Philipp W. Hildmann, zur Arbeit in seinem Freundeskreis sind den Zusammenfassungen vorangestellt.

**Philipp W. Hildmann,
Freundeskreis Starnberg**

Standpunktsuche zwischen digitaler Revolution, Weltethos und demographischer Herausforderung

Das Schwierigste am Diskutieren“, so der französische Schriftsteller André Maurois, „ist nicht, den eigenen Standpunkt zu verteidigen, sondern ihn überhaupt zu kennen.“ Die Freundeskreise der Akademie leisten genau das, was Maurois hier benennt: Sie helfen interessierten Menschen, bei ausgewählten Themen den eigenen Standpunkt überhaupt erst einmal zu finden.

Der Freundeskreis Starnberg, seit Januar 2010 unter neuer Leitung, hat sich deshalb im vergangenen Jahr mit dem rasanten Vormarsch der Neuen Atheisten beschäftigt. Er fragte nach der Zukunft des Lesens im Zeitalter der digitalen Revolution und nach Obamas Traum von einer Welt ohne Atomwaffen. Er tauchte ein in das Spannungsfeld von Autonomie und Fremdbestimmung am Lebensende und erfuhr bei einer Sondervorführung von „Zug des Lebens“ was es heißt, lächelnd die bittere Wahrheit zu sagen. Es war ein reiches und spannendes Jahr, in dem viele Standpunkte gefunden und überprüft werden konnten.

Wie viele andere Freundeskreise steht auch Starnberg vor der demographischen Herausforderung, um jugendlichen Nachwuchs zu werben. Keine leichte Aufgabe in einem von kulturellen Angeboten reich gesegneten Umfeld. Keine leichte Aufgabe in Zeiten, in denen es Vereine, Parteien, kirchliche Vereinigungen etc. generell schwer haben, Mitglieder zu gewinnen



Philipp W. Hildmann

und bestehende Mitglieder zu einer möglichst regelmäßigen Teilnahme zu motivieren.

Auch Starnberg hat hier kein Patentrezept. Doch die Besucherzahlen im vergangenen Jahr haben gezeigt, dass sich zwei Strategien positiv auszuwirken beginnen. Zum einen die gezielte Bewerbung jeder einzelnen Veranstaltung bei der jeweiligen Zielgruppe. Zum anderen bewährt sich die enge Zusammenarbeit mit der Kirchengemeinde. Immer wieder gemeinsam durchgeführte Veranstaltungen von Gemeinde und Freundeskreis sprechen ein weit über die Mitglieder hinausreichendes Publikum an. Auszüge aus dem Vortrag des Generalsekretärs der Stiftung Weltethos, Stephan Schlenso, anlässlich eines gemeinsamen Jahresempfangs mit 200 Teilnehmern ist hier sprechendes Beispiel. Nicht alle Besucher werden gleich zum nächsten Freundeskreisabend stürmen und eine Mitgliedschaft beantragen. Aber es wächst eine Sensibilität in der Gemeinde, dass hier ein weiterer Ort des spannenden und offenen Austauschs ist, den man bei passender Gelegenheit einmal besuchen könnte. Ob dies alles auf Dauer trägt, bleibt abzuwarten. Ein Versuch ist es wert.

Stephan Schlenso

Religionen sind mehrdeutig

Seit Jahrtausenden ringen die großen Weltkulturen um die großen Fragen: Woher kommt die Welt und ihre Ordnung? Wohin gehen wir am Ende unseres Lebens und am Ende der Zeit? Wie sollen wir das Leben auf dieser Welt gestalten?

Religionen möchten den Menschen moralische Orientierung bieten, umfassenden Lebenssinn vermitteln, Wege zu Heil und Erlösung aufzeigen. Dies ist die positive Seite der Religionen. Aber: Schauen wir in die Religionsgeschichte, dann ist nicht zu übersehen, dass Religionen auf ganz unterschiedli-

che Weise eben auch Machtssysteme sind. Religionen haben Institutionen entwickelt und haben so versucht, sich gegen Konkurrenten und Widersacher durchzusetzen. Dieser Prozess der Selbstbehauptung lief je nach Religion und nach historischem Kontext mehr oder weniger friedlich oder konfliktreich ab. Insofern waren und sind alle Religionen zu allen Zeiten auch politische Größen, die nicht nur zu bestimmten politischen Zwecken missbraucht wurden, sondern die nicht selten auch ihre eigenen Machtansprüche mit Gewalt durchgesetzt haben – gegen ihr eigenes Ethos, das in allen Religionen Friedfertigkeit und Gewaltlosigkeit fordert.

Das ethische Potenzial der Weltkulturen

Auch wenn ethische Werte zu allen Zeiten, in allen Kulturen, im Namen höherer Mächte, Institutionen und großer Denker verkündet wurden und werden: Sie fallen nicht vom Himmel! Sie wurden vielmehr in einem höchst komplizierten sozial-dynamischen Prozess im Lauf der Evolution durch den Menschen selber herausgebildet. Und warum? Erstens, weil die Bedürfnisse des immer komplexer werdenden Zusammenlebens dies erforderten. Und zweitens, weil der Mensch von seinem Wesen her nicht auf „Survival of the fittest“ angelegt ist, sondern auf Empathie, Verständigung und Kooperation. Deshalb hat der Mensch ethische Normen entwickelt. Sie sind dort entstanden, wo sich entsprechende Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Lebens zeigten:

- zum möglichst gewaltfreien Ausgleich von Interessen,
- zum Schutz des Eigentums,
- zum Schutz der Ehre,
- zur besseren gegenseitigen Verlässlichkeit,
- zum Schutz der Sexualität.

Das war in allen Kulturen so, überall auf der Welt, zu allen Zeiten. Deshalb müssen wir uns nicht wundern, dass sich vieles, was in der Hebräischen Bibel, im Neuen Testament und im Koran als Gebot Gottes verkündet wird, auch in den Religionen indischen und chinesischen Ursprungs findet. Und weil die großen Weltkulturen in ganz zentralen Wertvorstellungen und ethischen Maßstäben übereinstimmen, haben wir in den 1990er Jahren begonnen, von einem „Welt-Ethos“, einem gemeinsamen Menschheitsethos zu sprechen.

Fragt man nun nach den zentralen Elementen eines gemeinsamen Menschheitsethos der großen religiösen Traditionen, dann ist da zunächst die berühmte Goldene Regel, die im Volksmund lautet: „Was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg auch keinem anderen zu.“ Schon vor gut zweieinhalbtausend Jahren von Konfuzius zum ersten Mal formuliert, findet sie sich auch bei Buddha und im Hinduismus, im Judentum und bei Jesus von Nazareth, und sie findet sich ebenso im Islam, also in allen großen Weltreligionen.

Eng mit dieser Goldenen Regel verbunden ist das elementarere Grundprinzip der Menschlichkeit: „Jeder Mensch – ob jung oder alt, Mann oder Frau, farbig oder weiß, nichtbehindert oder behindert, egal welcher Weltanschauung – jeder Mensch soll menschlich behandelt werden!“

Diese beiden Grundprinzipien – Goldene Regel und Menschlichkeit – lassen sich in vier elementaren ethischen Prinzipien konkretisieren, die für die Arbeit unserer Stiftung grundlegend sind:

**Wolfgang Wunderer,
Freundeskreis Augsburg**

Sind wir Marionetten von Neuronen? – Hirnforschung und Willensfreiheit

Im Rahmen des Jahresthemas "Reformation und Freiheit", das die Evangelische Kirche zur Lutherdekade für 2011 proklamiert hat, lud der Freundeskreis Augsburg Herrn Prof. Dr. Manfred Stöhr, anerkannter Neurologe und langjähriger Chefarzt des Augsburger Zentralklinikums, ein, um über die moderne Hirnforschung und ihren Einfluss auf die menschliche Willensfreiheit zu referieren.

Was Prof. Stöhr in seinem Referat vor mehr als 130 Zuhörern zu sagen hatte, warf viele Fragen auf und regte zum Nachdenken an. Er wies darauf hin, dass das Gehirn das mit Abstand wichtigste Organ des Menschen sei. Mit seinen 100 Milliarden Nervenzellen, von denen jede einzelne bis zu 10.000 Verbindungen eingeht und so ein gigantisches Netzwerk mit 500 Billionen Kontaktstellen allein in der Großhirnrinde darstellt, erreiche es schon über die Sinnesorgane eine Datenmenge von einer Milliarde Bytes in der Sekunde. In allgemein verständlicher Weise erläuterte Prof. Stöhr dann, welche neuen Untersuchungsme-

thoden die rasante Entwicklung der Hirnforschung ermöglichen haben. Er räumte ein, dass beispielsweise die elektrische Reizung einzelner Hirnareale nicht nur Bewegungen oder Sinnesempfindungen auslöse, sondern auch Gefühle oder Vorstellungen erzeuge, und erinnerte daran, dass das Bewusstsein durch bestimmte chemische Stoffe (Opium, Psychopharmaka) massiv beeinflusst werden könne. In jedem Gehirn befänden sich außerdem zahlreiche chemische Botenstoffe wie das Freundschaftshormon Oxytocin, das bei schwangeren Frauen nicht nur die Milchproduktion, sondern auch die emotionale Mutter-Kind-Bindung fördere.

Energisch bestritt Prof. Stöhr allerdings den von manchen Hirnforschern gezogenen Schluss, überhaupt die Existenz eines Ich samt dessen Willensfreiheit zu leugnen. Nach deren Theorie sei das Ich nur „ein virtueller Akteur in einer von unserem Gehirn konstruierten Welt“ und der freie Wille nichts anderes als eine „sozio-kulturelle Fiktion“. Der Referent wies demgegenüber darauf hin, dass es ja auch die Abhängigkeit körperlicher Vorgänge von seelischen Regungen gebe und dass es absurd sei, zu behaupten, das Gehirn würde dem Menschen die Gewissheit, frei handeln zu können, nur vorgaukeln. „Wenn das Gehirn eine autonome Instanz wäre,

• Die Verpflichtung auf eine Kultur der Gewaltlosigkeit und der Ehrfurcht vor allem Leben: „Du sollst nicht töten – aber auch nicht, foltern, quälen verletzen“ – oder positiv „Hab Ehrfurcht vor dem Leben“.

• Die Verpflichtung auf eine Kultur der Solidarität und eine gerechte Wirtschaftsordnung: „Du sollst nicht stehlen – aber auch nicht ausbeuten, bestechen, korrumpieren“ – oder positiv „Handle ehrlich und fair!“

• Die Verpflichtung auf eine Kultur der Toleranz und ein Leben in Wahrhaftigkeit: „Du sollst nicht lügen – aber auch nicht täuschen, fälschen, manipulieren“ – oder positiv „Rede und handle wahrhaftig!“

• Und schließlich, damit haben freilich alle Religionen auch die größten Probleme: Die Verpflichtung auf eine Kultur der Gleichberechtigung und die Partnerschaft von Mann und Frau: „Du sollst nicht Unzucht treiben – aber auch nicht den Partner missbrauchen, erniedrigen, entwürdigen“ – oder positiv „Respektiert und liebet einander!“

Im Jahr 1993 wurden diese Prinzipien vom

Parlament der Weltreligionen in Chicago als Kern eines gemeinsamen Menschheitsethos oder Weltethos proklamiert. Diese Werte sind grundlegend für ein gelingendes Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Und um diese Werte bewusst zu machen, einzuüben und zu leben, sucht unsere Stiftung mit vielen Menschen weltweit kreative und vielseitige Wege und entwickelt immer neue Projekte: angefangen in Kindergärten und in den Schulen, für das allgemeine Publikum, bis hin zu Politik, Wirtschaft und anderen Bereichen.

bräuchte es niemandem Rechenschaft abzugeben und schon gar nicht das Ich über den wahren Entscheidungsträger zu belügen, zumal es ja angeblich gar kein Ich gibt, das man belügen könnte.“ Den Menschen ausschließlich als eine zum Empfinden und Denken organisierte Materie zu definieren, könne nur als Ausdruck von naturwissenschaftlichem Dogmatismus verstanden werden.

Im Gegensatz zu solcher materialistischen Doktrin hielt Prof. Stöhr daran fest, dass der Mensch eine Seinseinheit aus Körper und Seele sei, die man nur theoretisch trennen könne, was bereits die Scholastiker mit der Kurzformel „anima forma corporis“ ausgedrückt hätten. „Dem Leib als Außenaspekt der psychosomatischen Einheit Mensch korrespondiert als Innenaspekt der Bewusstseinsraum mit dem Insgesamt unseres Erlebens.“ Damit tauche die Möglichkeit von Freiheit auf, die in der rein biologischen Sichtweise fehle. Der Mensch sei eben nicht hilflos Zwängen ausgeliefert, sondern könne sich in seinem Handeln ein Stück weit frei entscheiden. Zum Beispiel könne er durch Verzicht seinen Verhaltensspielraum erweitern. Prof. Stöhr schloss mit einem Zitat Epikurs. Ausgerechnet der habe einmal geäußert: „Die schönste Frucht der Selbstgenügsamkeit ist die Freiheit“.

Freundeskreis

Nachrichten aus dem Freundeskreis



Stephan Schlenso

Parlament der Weltreligionen in Chicago als Kern eines gemeinsamen Menschheitsethos oder Weltethos proklamiert. Diese Werte sind grundlegend für ein gelingendes Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Und um diese Werte bewusst zu machen, einzuüben und zu leben, sucht unsere Stiftung mit vielen Menschen weltweit kreative und vielseitige Wege und entwickelt immer neue Projekte: angefangen in Kindergärten und in den Schulen, für das allgemeine Publikum, bis hin zu Politik, Wirtschaft und anderen Bereichen.